

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll

25. Sitzung

Öffentliche Sitzung

Berlin, 23.05.2012, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: Saal E. 600

Vorsitz: Markus Grübel, MdB

- 1 Vorstellung der Ergebnisse der Studie „Freiwilligenagenturen in Deutschland: Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation“ durch Prof. Dr. Karsten Speck (Universität Oldenburg) und Holger Backhaus-Maul (Universität Halle-Wittenberg)
- 2 Präsentation zentraler Befunde der Studie „Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ durch Dr. Christoph Emminghaus und Anna Iris Henkel (Rambøll Management Consulting)
- 3 Aktuelle Gesetzesvorhaben
- 4 Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

Ordentliche Mitglieder

CDU/CSU

Norbert Geis
Markus Grübel
Katharina Landgraf
Klaus Riegert
Dr. Peter Tauber

SPD

Ute Kumpf
Gerold Reichenbach
Sönke Rix

FDP

Florian Bernschneider
Heinz Golombeck

DIE LINKE.

Heidrun Dittrich
Harald Koch

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ulrich Schneider

Stellvertretende Mitglieder

CDU/CSU

Christoph Poland
Karl Schiewerling
Johannes Selle
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier

SPD

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Kerstin Gries
Mechthild Rawert

FDP

Miriam Groß
Sibylle Laurischk

DIE LINKE.

Diana Golze
Jörn Wunderlich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Britta Habelmann

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
25. Sitzung

Anwesenheitsliste*

Fraktionsmitarbeiter

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Anwesenheitsliste*

Bundesregierung

Bundesrat

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 25. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Er weist zunächst auf eine Änderung in der Ausschussbesetzung bei der SPD-Fraktion hin. Neues stellvertretendes Mitglied sei die Abg. Kerstin Griese. Sie löse das bisherige stellvertretende Mitglied, den Abg. Stefan Schwartze, ab.

Man beginne die heutige Sitzung mit der Vorstellung der Studie „Freiwilligenagenturen in Deutschland“ unter Tagesordnungspunkt 1. Dazu begrüße er herzlich die beiden Autoren der Studie, Herrn Professor Dr. Karsten Speck von der Universität Oldenburg und Herrn Holger Backhaus-Maul von der Universität Halle-Wittenberg. Unter Tagesordnungspunkt 2 werde man sich dann mit der Evaluationsstudie zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser befassen, deren wichtigste Befunde von Herrn Dr. Christoph Emminghaus und Frau Anna Iris Henkel von Rambøll Management Consulting präsentiert würden. Außerdem stehe die Leiterin des zuständigen Fachreferats des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Frau Gudrun Scheithauer, für Auskünfte zur Verfügung. Alle drei heiße er ebenfalls herzlich willkommen. Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 beträfen dann die obligatorischen Themen „Aktuelle Gesetzesvorhaben“ bzw. „Verschiedenes“.

Tagesordnungspunkt 1

Vorstellung der Ergebnisse der Studie „Freiwilligenagenturen in Deutschland: Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation“ durch Prof. Dr. Karsten Speck (Universität Oldenburg) und Holger Backhaus-Maul (Universität Halle-Wittenberg)

Der **Vorsitzende** weist einleitend darauf hin, dass die Situation von Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements zu den Themen gehöre, mit denen sich der Unterausschuss regelmäßig befasse. Seit vor mehr als 25 Jahren die ersten Freiwilligenagenturen und -zentren gegründet worden seien, leisteten diese – neben Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen – einen wichtigen Beitrag zur Aktivierung, zur Stabilisierung und zum Ausbau von bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland. Sie böten

interessierten Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Information, Beratung und Vermittlung in ein Engagement, sondern sie trügen auch zur Vernetzung, fachlichen Weiterentwicklung und konzeptionellen Profilschärfung bei und übten eine wichtige Lobbyfunktion für die Engagierten und ihre Organisationen aus. Herr Professor Speck und Herr Backhaus-Maul hätten in ihrer vom BMFSFJ geförderten und vor kurzem veröffentlichten Studie „Freiwilligenagenturen in Deutschland“ erstmals umfassend die Institutionalisierung, die Rahmenbedingungen, die lokale Einbettung und kommunale Unterstützung sowie die Wirkungspotenziale von Freiwilligenagenturen wissenschaftlich analysiert. Da man sich im Unterausschuss schon des Öfteren mit den rechtlichen und förderpolitischen Aspekten von engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen befasst habe, sei man auf die Präsentation (Anlage 1) der Ergebnisse der Studie durch Herrn Professor Speck und Herrn Backhaus-Maul Studie sehr gespannt.

Prof. Dr. Karsten Speck (Universität Oldenburg) bedankt sich zunächst für die Einladung und das Interesse des Unterausschusses an den Ergebnissen der Studie. Herr Backhaus-Maul und er würden sich die Präsentation aufteilen. Er werde mit einer kurzen Einführung beginnen und die Ergebnisse der Fragebogenuntersuchung vorstellen, anschließend werde Herr Backhaus-Maul zentrale Befunde der qualitativen Fallstudien präsentieren und die wesentlichen Schlussfolgerungen aus der Studie darstellen.

Zunächst einmal müsse man sich bewusst werden, dass man es mit einer Organisationsform zu tun habe, für die unterschiedliche Begrifflichkeiten wie z. B. Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren, Freiwilligenbörsen u. Ä. verwendet würden. Herr Backhaus-Maul und er würden im Folgenden – in dem Wissen um die unterschiedlichen Begrifflichkeiten und die zum Teil auch dahinter stehenden unterschiedlichen Konzepte – hauptsächlich den Begriff „Freiwilligenagenturen“ benutzen.

Er wolle zunächst auf den Kontext der vorliegenden Studie zu sprechen kommen. Die Studie ordne sich zumindest in zwei fachliche Diskurse ein. Zum einen sei hier der allgemeine Diskurs zum bürgerschaftlichen Engagement zu nennen. Bekanntlich habe man es mit einem Wandel hin zu stärker projekt- und selbstbezogenen Formen beim Engagement zu tun. Engagement solle auch Spaß machen und in die eigene Biografie passen. Zum anderen verwiesen Untersuchungen wie beispielsweise der Freiwilligensurvey oder auch der Erste Engagementbericht darauf, dass es offensichtlich noch ein beträchtliches Engagementpotenzial in Deutschland gebe. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage,

wie man dieses vorhandene Engagementpotenzial stärker nutzen könne. Eine moderne Antwort darauf seien neben den Bürgerstiftungen vor allem die Freiwilligenagenturen. Diese könnten mittlerweile auf eine gut 30-jährige Geschichte zurückblicken und würden inzwischen in vielen Kommunen als ausgewiesene Experten für bürgerschaftliches Engagement wahrgenommen.

Bürgerschaftliches Engagement sei generell eine kommunale Aufgabe, die zum Bereich der kommunalen Selbstverwaltung gehöre. Die entscheidende Frage sei, ob die Förderung entsprechender Strukturen von der Kommune als eine wichtige Aufgabe angesehen werde. Interessant seien Freiwilligenagenturen als Prototyp von Infrastruktureinrichtungen, da nicht nur Engagierte dort tätig seien, sondern weil sie auch eine vermittelnde Funktion zwischen Bürgern, Organisationen, Unternehmen, Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit wahrnahmen. Sie hätten zudem eine Scharnierfunktion gegenüber anderen Infrastruktureinrichtungen wie Selbsthilfekontaktstellen oder Seniorenbüros, da sie in Bezug auf das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ breiter aufgestellt und stärker fokussiert seien.

Im Zentrum der Studie habe ein Blick auf die Gesamtlandschaft der Freiwilligenagenturen gestanden. Es habe vor zehn Jahren eine Vorgängeruntersuchung gegeben, sodass man auch die Entwicklung der Freiwilligenagentur-Landschaft habe betrachten können. Für die Untersuchung sei eine Reihe von Fragen leitend gewesen: Was tue sich in den Freiwilligenagenturen selbst? Wie habe sich ihr Selbstverständnis entwickelt? Wie würden sie von außen wahrgenommen? Welche Wirkungspotenziale entfalteten sie?

Für die Beantwortung der letztgenannten Frage habe man sich in der Untersuchung, die zwischen Januar 2009 und August 2010 stattgefunden habe, harte Indikatoren wie Vermittlungszahlen, aber auch Öffentlichkeitsarbeit u. Ä. angeschaut. Methodisch habe man einen breiten Ansatz gewählt und zunächst einmal alle Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren und Freiwilligenbörsen angeschrieben und um die Beantwortung eines Fragebogens gebeten. Dabei habe man die Ergebnisse mit der Studie von vor zehn Jahren verglichen, um eine Entwicklung nachzeichnen zu können. Darüber hinaus habe man qualitative Fallstudien durchgeführt, um einen tieferen Einblick in die Organisationen zu erhalten. In diesem Zusammenhang seien Experteninterviews mit Wissenschaftlern, Unternehmen, Verwaltungen und Nutzern geführt worden, um nicht nur eine Binnen-, sondern auch eine Außensicht auf die Organisationen zu bekommen.

Im Folgenden wolle er auf einige ausgewählte Ergebnisse der Studie eingehen. In den letzten Jahren sei zunächst einmal ein kontinuierliches Wachstum zu konstatieren. Zum Zeitpunkt der Untersuchung habe es rund 360 Freiwilligenagenturen gegeben. Dies zeige, dass es sich um eine Organisationsform handle, für die es sowohl einen Bedarf als auch eine politische Unterstützung gebe. Allerdings seien – bei genauerer Betrachtung – deutliche Diskontinuitäten zu verzeichnen. Es gebe zwar inzwischen eine flächendeckende Versorgung, aber auch - positiv formuliert - ein hohes Maß an Dynamik durch Neugründungen.

Betrachte man die finanzielle Ausstattung, stelle man fest, dass viele Freiwilligenagenturen mit einem eher geringen Budget arbeiten müssten. Sie hätten im Durchschnitt 16.500 Euro pro Jahr zur Verfügung. Ältere Einrichtungen könnten dabei auf ein größeres Jahresbudget zurückgreifen als neugegründete Einrichtungen, die finanziell prekärer ausgestattet seien. Das heiße, der flächendeckende Ausbau und die politische Wahrnehmung von Freiwilligenagenturen als Infrastruktureinrichtungen bürgerschaftlichen Engagements gingen mit einer zum Teil eher geringen finanziellen Förderung einher.

Bei der Finanzierung sei ein stärkeres kommunales Engagement feststellbar, wenn man die Jahre 2001 und 2009 miteinander vergleiche. Viele Kommunen nähmen inzwischen ihre Verantwortung durch eine finanzielle Unterstützung der Einrichtungen wahr. Nach wie vor halte sich aber circa die Hälfte der Kommunen in dieser Hinsicht sehr stark zurück, sodass man hier noch von einem vorhandenen Nachholbedarf sprechen könne. Zufriedenheit und Unzufriedenheit der Freiwilligenagenturen mit der derzeitigen Förderung hielten sich ungefähr die Waage. Eine Grundfinanzierung sei nicht in jedem Fall gesichert. Häufig seien Projektförderungen anzutreffen, die nicht unbedingt dazu beitragen, eine konzeptionelle (Weiter-)Entwicklung auf Dauer sicherzustellen. Auch in diesem Bereich gebe es noch Handlungsbedarf.

Freiwilligenagenturen seien in beträchtlichem Umfang ehrenamtlich organisiert. Die Vorstands- und Verwaltungsarbeit, kurzfristige Projekte und nicht selten auch die konzeptionelle Arbeit würden durch Engagierte getragen. Betrachte man die Entwicklung zwischen 2001 und 2009, könne man zugleich feststellen, dass der Trend von Hauptamtlichen weg- und stärker zu Ehrenamtlichen hinführe. Das habe vor allem mit den zahlreichen neugegründeten Freiwilligenagenturen zu tun, die ihre Arbeit zunächst einmal nur mit Ehrenamtlichen zu gestalten versuchten.

Das Leistungsprofil der Agenturen sei sehr breit. Viele Freiwilligenagenturen verstünden sich heute nicht mehr als reine Vermittlungsagenturen, obwohl dieses Missverständnis im kommunalen Bereich noch oft anzutreffen sei. Die Vermittlung von Freiwilligen an Organisationen sei *eine* Aufgabe von Freiwilligenagenturen. Als moderne Infrastruktureinrichtungen bürgerschaftlichen Engagements zählten zu ihren Aufgaben aber auch die Öffentlichkeitsarbeit, die Entwicklung innovativer Projekte und die Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und Unternehmen.

Man könne die Freiwilligenagenturen in zwei Gruppen einteilen. Bei der ersten handele es sich vor allem um kleinere Einrichtungen, die noch stärker auf die Vermittlung von Freiwilligen zielten. Die etwas größeren Einrichtungen leisteten darüber hinaus konzeptionelle Arbeit, kooperierten mit Unternehmen, engagierten sich im Bereich „Qualitätsmanagement“ und bemühten sich um eine Profilschärfung, was von den Kommunen auch sehr deutlich wahrgenommen werde, wie die qualitativen Befunde zeigten. Eine Gefahr sei allerdings die Überforderung der Agenturen angesichts des geringen, zur Verfügung stehenden Finanzrahmens. Die Untersuchungsergebnisse zeigten auch eine starke kommunale Einbindung und Vernetzung der Freiwilligenagenturen. Viele koordinierten z. B. lokale Arbeitsgruppen zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“, initiierten „Marktplätze“ mit Beteiligung von Unternehmen und kooperierten mit Politik und Verwaltung. Bei Letzterem könnte man sich bei einem Teil der Einrichtungen noch ein offensiveres Agieren wünschen, was aber durchaus auch auf Gegenseitigkeit beruhe.

Greife man den Indikator „Vermittlungszahlen“ heraus, stelle man fest, wie stark dieser von den Rahmenbedingungen abhängig sei. Wichtige Einflussfaktoren seien das zur Verfügung stehende Geld und Personal, die Ansiedlung in einer Großstadt oder in einem Dorf, die kommunale Unterstützung oder die Trägerschaft. Diese Differenzierung müsse man bei einer Bewertung der Freiwilligenagenturen berücksichtigen.

Betrachte man die Ergebnisse insgesamt, so zeigten sich zwei entscheidende Schnittstellen. Wichtig sei zum einen, wie stark die Freiwilligenagenturen in den Kommunen verankert seien, ob sie politische unterstützt würden bzw. wie stark und mit wem sie kooperierten. Der andere entscheidende Faktor sei, welche finanzielle und materielle Förderung sie erhielten.

Holger Backhaus-Maul (Universität Halle-Wittenberg) fährt fort und weist zunächst darauf hin, dass man sich im qualitativen Teil der Studie mit Hilfe von Fallstudien und Experteninterviews das kommunale Umfeld und die Organisationsweise von Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren und Freiwilligenbörsen in einigen ausgewählten Landkreisen und Städten vertiefend angeschaut habe. Dabei habe man festgestellt, dass Freiwilligenagenturen auf der kommunalen Ebene ein sehr breites und komplexes Themenspektrum bearbeiteten, das hohe Anforderungen an die Beteiligten stelle. Hervorzuheben sei angesichts der vielfältigen Aufgaben und Erwartungen auch die eher schlanke Organisationsstruktur, wenn man diese mit der universitären oder auch parlamentarischen Ebene vergleiche. Es falle auch ein breites, stark durch den Bereich der Beratung und der sozialen Arbeit geprägtes Professionalitätsverständnis auf. Darüber hinaus spielten auch weitergehende, eher wirtschaftsnahe Kompetenzen eine zunehmende Rolle. Freiwilligenagenturen seien Organisationen, die sich in den letzten 30 Jahren fortlaufend selbst weiter professionalisiert hätten, da es keine universitären oder beruflichen Ausbildungsstätten für die Wissensvermittlung gebe. Die Fortbildung der Beteiligten werde vielmehr vor allem durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und die Freiwilligenzentren des Caritasnetzwerkes selbst getragen.

Bei der Ressourcenausstattung falle die große Variationsbreite auf. Professor Speck habe auf den großen Finanzierungsanteil der Kommunen hingewiesen, aber auch die Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege, anderer Verbände und auch einiger Stiftungen sei hervorzuheben. Auch Unternehmen stiegen zumindest zaghaft mit in die Finanzierung ein. Es sei für die Freiwilligenagenturen eine beträchtliche Herausforderung, einen solchen Finanzierungsmix mit dem wenigen vorhandenen Personal zu managen.

Im Rahmen der Fallstudien habe man auch die Entscheidungsträger in Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, die Bürgerstiftungen, die Mehrgenerationenhäuser und andere lokale engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen in die Analyse einbezogen, um einen Gesamtüberblick zu erhalten. Freiwilligenagenturen seien besonders dann erfolgreich, wenn ein erklärter kommunalpolitischer Wille seitens der Landrätin oder des Oberbürgermeisters vorhanden sei. Gebe es von dieser Seite Enthaltensamkeit oder Ignoranz, drohe die Gefahr, dass sich Freiwilligenagenturen trotz ihres hohen Engagements schnell übernehmen. Wichtig sei auch, ob bei den genannten kommunalpolitischen Entscheidungsträgern ein modernes Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung existiere, das die Förderung einer solchen Engagementinfrastruktur als Bestandteil

kommunaler Selbstverwaltung und nicht als schmückendes Beiwerk interpretiere. Dort, wo Freiwilligenagenturen mit Wohlfahrtsverbänden und anderen Akteuren gemeinsam agierten, sei dies ein weiterer förderlicher Faktor.

30 Jahre Freiwilligenagenturen seien ein guter Anlass, um Bilanz zu ziehen. Es sei zu konstatieren, dass die Phase der Projektförderung in Teilen zu einem Ende gekommen sei. Die Frage sei daher, was man zukünftig wolle und welche Möglichkeiten der Verstetigung es gebe. Es existierten auf der kommunalen Ebene mittlerweile flächendeckend zahlreiche engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen – von Bürgerstiftungen über Freiwilligenagenturen bis hin zu Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros. Zugleich erlebe man eine fragmentierte Struktur mit Einrichtungen, die in ihrer Kooperationsfähigkeit und in ihrem Kooperationswillen deutlich hinter dem zurückblieben, was sie eigentlich leisten könnten. Man sei überrascht gewesen, wie wenig die Beteiligten zum Teil voneinander wüssten. Deshalb sei die Kooperationsdichte zum Teil auch eher gering. Freiwilligenagenturen seien dabei diejenigen, die am stärksten nach außen träten und Netzwerke zu etablieren versuchten.

Professor Speck habe bereits deutlich gemacht, dass man inzwischen von einer flächendeckenden Institutionalisierung sprechen könne. Selbst in entlegenen Landkreisen finde man – aufgrund der rasanten Entwicklung der letzten zehn Jahre – mittlerweile so etwas wie eine Freiwilligenagentur, ein Freiwilligenzentrum oder eine Freiwilligenbörse. Gleichwohl sei ihre Lage nach wie vor fragil. Es sei nicht mehr die Frage, ob Freiwilligenagenturen sinnvoll seien, sondern es gehe um eine förderpolitische Entscheidung der kommunalen Entscheidungsträger, ob Freiwilligenagenturen ein geeignetes und auf Dauer zu stellendes Einrichtungsformat seien.

Deutlich sei auch geworden, dass Kommunen sukzessiv stärker in die Finanzierung eingestiegen seien. Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren seien da erfolgreich, wo Kommunen ein modernes Verständnis kommunaler Selbstverwaltung aufwiesen und ihren daraus resultierenden Förderverpflichtungen nachkämen. Freiwilligenagenturen seien im Rahmen ihrer begrenzten personellen Möglichkeiten lokal gut eingebunden und nähmen auch an sie gerichtete neue Erwartungen wahr, z. B. die verstärkte Kooperation mit Unternehmen. Man könne zudem in der Programmatik ein sehr ausdifferenziertes Leistungsprofil beobachten. Allerdings würden diese Wirkungen nicht voll entfaltet, weil es angesichts der vorhandenen Ressourcen Grenzen der Entwicklung gebe.

Eine Infrastrukturförderung des Bundes sei – mit Blick auf die Arbeit des Verbundes der Freiwilligenzentren im Caritasverband sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen – nach der festen Überzeugung der beiden Autoren eine sinnvolle und auch künftig Qualität, Professionalität und Beständigkeit garantierende Aufgabe. Die Förderung von Freiwilligenagenturen sei darüber hinaus eine kommunale Aufgabe und ein elementarer Bestandteil eines modernen Verständnisses kommunaler Selbstverwaltung. Hier gebe es Entscheidungsbedarf auf der lokalen Ebene. Eine weitere Förderung von vielen Projekten nebeneinander hielten Professor Speck und er für nicht sinnvoll. Das Motto müsse eher lauten, Kooperationen zu fördern und auch ein Stück weit einzufordern. Es gebe hierzu in den Fallstudien einige interessante Befunde, wo z. B. in einer Großstadt gezielt ein Wettbewerb unter fairen Bedingungen organisiert worden sei. Was bleibe, sei zudem die Entscheidung, ob man die vorhandenen Potenziale der Freiwilligenagenturen flächendeckend sichern wolle oder nicht. Wenn die Entscheidungsträger einer solchen Entscheidung auch künftig auswichen, heiße dies – das habe die Präsentation auch deutlich gemacht –, dass es diese wichtige Infrastruktureinrichtung in absehbarer Zeit nicht mehr flächendeckend geben werde.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Professor Speck und Herrn Backhaus-Maul für ihre Beiträge. Bevor Herr Dr. Tauber die Fraktionsrunde eröffne, wolle er noch die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Kollegin Laurischk, herzlich begrüßen.

Abg. **Dr. Peter Tauber** (CDU/CSU) dankt den beiden Experten herzlich für ihre Beiträge. Er könne ihre Einschätzung, dass die Arbeit der Ehrenamtsagenturen befördert werde, wenn sie eine hohe Wertschätzung durch die kommunalpolitische Spitze erfahre, aus seiner Wahrnehmung im Main-Kinzig-Kreis bestätigen. Daraus ergebe sich eine Reihe spannender Fragen: Warum gebe es diese Unterstützung von politischer Seite in manchen Kommunen nicht? Welche Probleme und Folgen resultierten daraus für die Freiwilligenagenturen? Gebe es Beispiele für einen positiven Einstellungswandel zu den Freiwilligenagenturen, z. B. bei einem Wechsel der lokalen Verantwortungsträger? Herr Professor Speck und Herr Backhaus-Maul hätten zudem darauf hingewiesen, dass die Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte in den Freiwilligenagenturen sehr unterschiedlich sei. Sei dies nur auf die vorhandenen unterschiedlichen Ressourcen zurückzuführen oder gebe es einen unterschiedlichen Umgang bei den Freiwilligenagenturen damit?

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) erklärt, sie beobachte nicht nur bei der besonders aktiven Freiwilligenagentur in Halle, sondern auch bei vielen anderen Agenturen inzwischen eine enorme Entwicklung, weg von der reinen Vermittlung und hin zu einer Entwicklungsstrategie, die auf eine stärkere Nutzung von Freiwilligenpotenzialen und Verknüpfungen zu Unternehmen und Schulen abziele. Die Freiwilligenagentur in Halle habe z. B. über Service-Learning sehr früh in die Schulen hineingewirkt und sei in dieser Hinsicht sehr breit aufgestellt. Viele Freiwilligenagenturen mühten sich allerdings von Modellprojekt zu Modellprojekt und seien sehr kreativ bei der Akquirierung zusätzlicher Gelder. Im Unterausschuss habe man die Diskussion über eine kontinuierliche Förderung der Engagementinfrastruktur auf kommunaler Ebene schon häufiger geführt. Die dagegen angeführten finanzverfassungsrechtlichen Gründe seien bekannt. Es interessiere sie, wie der Bund trotzdem die allgemeine Etablierung von Freiwilligenagenturen in den Kommunen politisch weiter unterstützen könne. Denn nach ihrer festen Überzeugung werde man ohne solche unterstützenden Anlaufstellen den demografischen Wandel oder die Integration durch Freiwilligentätigkeit nicht begleiten können.

Abg. **Florian Bernschneider** (FDP) erklärt, seine erste Frage beziehe sich auf eine mögliche Verbreiterung des Leistungsprofils von Freiwilligenagenturen, auch wenn Herr Professor Speck und Herr Backhaus-Maul auf deren begrenzte Finanzausstattung hingewiesen hätten. Gleichwohl könnte dadurch dem einen oder anderen Kommunalpolitiker noch deutlicher gemacht werden, dass Freiwilligenagenturen einen Mehrwert hätten und zum originären Bestandteil einer modernen kommunalen Selbstverwaltung dazu gehören sollten. So könnten Freiwilligenagenturen z. B. den Kontakt zwischen Vereinen auf der einen Seite und Schulen auf der anderen Seite herstellen, wenn es um die Organisation des Nachmittagsangebots an Schulen gehe. Denn hier fehle es oft an einem Mittler. Dies könnte *ein* mögliches weiteres Betätigungsfeld für Freiwilligenagenturen sein. Der Abgeordnete möchte ferner wissen, ob Freiwilligenagenturen auch bei der Förderung und Verbesserung der gesellschaftlichen Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement vor Ort eine aktivere Rolle spielen könnten. Außerdem interessiere ihn, inwiefern Freiwilligenagenturen die neuen Medien stärker nutzen könnten, um engagementwillige Freiwillige und engagementsuchende Organisationen zusammenzubringen.

Abg. **Ulrich Schneider** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt Herrn Professor Speck und Herrn Backhaus-Maul zunächst für die Vorstellung der Studie. Er habe eine Frage zu den Kommunen, ehe er kurz auch auf die Rolle des Bundes zu sprechen kommen wolle. Es

sei erfreulich, dass sich die finanzielle Ausstattung der Freiwilligenagenturen im Zeitraum von 2001 bis 2009 verbessert habe. Nicht alle Kommunen stünden jedoch finanziell vergleichsweise gut dar, wie es in Baden-Württemberg derzeit oft noch der Fall sei. In manchen Bundesländern und Regionen habe sich die Haushaltssituation in letzter Zeit zum Teil erheblich verschlechtert. Ihn interessiere daher, ob es Erkenntnisse darüber gebe, wie sich die finanzielle Ausstattung der Freiwilligenagenturen nach 2009 entwickelt habe und mit welcher weiteren Entwicklung in den nächsten Jahren voraussichtlich zu rechnen sei. Dass der erklärte kommunalpolitische Wille zur Unterstützung von Freiwilligenagenturen nötig sei, könne er gut nachvollziehen. Der Abgeordnete möchte wissen, ob es Beispiele gebe, wie man diesen Willen, so er nicht vorhanden sei, notfalls ein wenig provozieren könne. Außerdem interessiere ihn – ähnlich wie die Kollegin Kumpf –, was der Bund für eine weitergehende Unterstützung der Freiwilligenagenturen tun könne.

Prof. Dr. Karsten Speck (Universität Oldenburg) weist darauf hin, dass er sich die Beantwortung der Fragen mit Herrn Backhaus-Maul teilen werde. Wie sich die finanzielle Situation der Freiwilligenagenturen nach der Projektlaufzeit im Jahr 2010 entwickelt habe, könne er nicht auf gesicherter empirischer Grundlage sagen. Nach seinen persönlichen Eindrücken habe es einen weiteren quantitativen Ausbau und auch eine größere Beachtung des Themas durch die Kommunen gegeben. Es habe jedoch mit Sicherheit keine exorbitante Steigerung bei den zur Verfügung stehenden Mitteln stattgefunden. Der Bund sollte bei von ihm aufgelegten Projekten auf ein Kooperationsgebot der verschiedenen vorhandenen Infrastruktureinrichtungen Wert legen. Generell sei zu überlegen, wie viele Projekte man zu welchem Thema von welcher Stelle aus fördere, um das Entstehen von Parallelstrukturen zu vermeiden. Die Initiierung von Modellphasen habe sich beispielsweise in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg als förderlich erwiesen, wobei die grundsätzliche Frage sei, ob es sich eher um eine Bundes- oder eine Landesaufgabe handele.

Kommunale Vertreter zu einer Unterstützung zu ermuntern, könne über unterschiedliche Wege funktionieren. Es gebe z. B. Berechnungen, mit denen man nachweisen könne, dass Freiwilligenagenturen effizient seien. Ob das eine sinnvolle Argumentation sei, wolle er an dieser Stelle nicht beurteilen. Es gebe auch die Diskussion über die Bewältigung des demografischen Wandels und die Grenzen des Sozialstaates und die Frage, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement dabei leisten könne.

Es sei auch nach dem Umgang der Freiwilligenagenturen mit den begrenzten finanziellen Ressourcen gefragt worden. Die Grundfinanzierung von Freiwilligenagenturen sei in der Regel schlecht. Trotzdem entwickelten viele Agenturen hochinteressante Ideen, mit diesen prekären Rahmenbedingungen umzugehen. Jedes Programm, das vom Land oder vom Bund aufgelegt werde, werde z. B. dahingehend geprüft, ob man es inhaltlich mit dem Profil der Agentur verknüpfen könne. Das erfordere Flexibilität und Offenheit, habe allerdings den Nachteil, dass man auf jeden Trend aufspringen müsse und dabei die notwendige konzeptionelle Weiterentwicklung zu kurz komme. Andere Freiwilligenagenturen bemühten sich um Kooperationsprojekte mit Unternehmen. Allerdings seien solchen Möglichkeiten nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in wirtschaftsschwächeren Regionen bestimmte Grenzen gesetzt.

Holger Backhaus-Maul (Universität Halle-Wittenberg) dankt den Mitgliedern für die sehr profunden Fragen, die genau die zentralen Probleme thematisierten. Die Grundsatzfrage laute natürlich, wozu man eigentlich Freiwilligenagenturen und -zentren brauche. Professor Speck habe eingangs deutlich gemacht, dass es darum gehe, klassische Formen des Ehrenamtes, deren Bedeutung man nicht unterschätzen sollte, mit neueren Tendenzen und Trends im Engagement zusammenzuführen. Dafür brauche man Organisationsformen, die wie die Freiwilligenagenturen frisch und modern seien und die auch das Internet als Medium nutzten.

Sehr sinnvoll sei die Unterstützung von Verbandsstrukturen durch den Bund, wie es bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und den Freiwilligenzentren des Caritasverbandes bereits der Fall sei. Denn diese Dachverbände leisteten mit wenig Personal sehr viel: den fachlichen Austausch, die Selbstprofessionalisierung sowie die Etablierung von Qualitätsstandards innerhalb der Landschaft der Freiwilligenagenturen und -zentren.

Der Abg. Schneider habe danach gefragt, wie man unwillige Kommunen zur Unterstützung von Freiwilligenagenturen bewegen könne. Aus seiner Sicht dürften Freiwilligenagenturen und -zentren vor Ort nicht nur nett und freundlich sein. Die Fallstudien zeigten, dass Freiwilligenagenturen vor allem dann Gehör fänden, wenn sie versuchten, die Engagementfrage zu einer – partei- und verbändeübergreifenden – gesellschaftspolitischen Frage zu machen und dabei eine hohe Professionalität an den Tag legten. Dies sichere ihnen sehr schnell die Aufmerksamkeit eines Landrates oder Bürgermeisters.

Freiwilligenagenturen und -zentren sollten sich zudem als moderne kommunikationsfähige Lobbyisten verstehen. Die Experteninterviews hätten zudem gezeigt, dass es insbesondere die kommunalen Spitzenverbände seien, die die Landkreise mit Fragen der Modernisierung des Verständnisses kommunaler Selbstverwaltung in Berührung brächten.

Die Fallstudien zeigten auch, dass sich Freiwilligenagenturen noch stärker trauen sollten, auf neue Kooperationspartner wie Schulen, Universitäten oder Wohlfahrtsverbände zuzugehen. Freiwilligenagenturen, die dies täten und z. B. das Bildungssystem mit in den Blick nähmen, würden sich eher langfristig behaupten können. Wer nur individuell Bürger berate und vermittele, was heute praktisch keine Freiwilligenagentur mehr mache, sei auf längere Sicht zum Scheitern verurteilt.

Wichtig für den Erfolg sei auch eine eindeutige Profilbildung. Freiwilligenagenturen, die im Jagdfieber nach Förderprogrammen des Landes und Bundes behaupteten, sie könnten alles, würden langfristig Probleme bekommen. Nur solche Agenturen, die mit einem klaren Profil erkennbar und kooperationsfähig seien, seien nachhaltig erfolgreich. Ein interessanter Befund der Studie sei auch gewesen, wie wenig die beiden moderneren engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen – Bürgerstiftungen und Freiwilligenagenturen – miteinander kooperierten, obwohl es eigentlich nahe liegen würde.

Gut aufgestellte Freiwilligenagenturen seien auch darauf ausgerichtet, bestimmte Dienstleistungen marktfähig zu machen. Hier gebe es angesichts des demografischen Wandels gerade im Bereich der haushaltsnahen, familienunterstützenden Dienstleistungen ein Potenzial, bei dem sich fachspezifische Kooperationen mit Mehrgenerationenhäusern anbieten.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) weist darauf hin, dass ihr bei Gesprächen mit Großunternehmen aufgefallen sei, dass diese zunehmend eigene Strategien im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements entwickelten und an einer Zusammenarbeit mit Freiwilligenagenturen gar nicht so sehr interessiert seien. Die Abgeordnete möchte wissen, ob die Studie zu ähnlichen Befunden gekommen sei.

Holger Backhaus-Maul (Universität Halle-Wittenberg) antwortet, dass das Thema in den letzten Jahren ausgesprochen bedeutsam gewesen sei. Die Bundesregierung habe an vielen Stellen Freiwilligenagenturen dazu ermuntert, Kooperationen mit Unternehmen

einzugehen, da unternehmerisches Denken eine gute Ergänzung zu Ansätzen der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik darstellen könne. Man finde in diesem Bereich Beispiele für alles. Er kenne ein besonders schäbiges Beispiel eines großen internationalen Automobilkonzerns, der die Leistung einer Freiwilligenbörse kostenlos in Anspruch genommen habe. Er empfehle Freiwilligenagenturen, offen zu thematisieren, dass sie professionell erbrachte Leistungen anböten, die daher auch zu entlohnen seien.

Wenn man auf die moderneren Formen des projektorientierten, befristeten und stärker an Eigeninteressen orientierten Engagements schaue, seien Freiwilligenagenturen hierfür als moderne Mittler sehr gut geeignet. Es gebe aber auch andere Bedarfe. Wohlfahrtsverbänden, die ihre Einrichtungen und Dienste gegenüber freiwilligem Engagement öffnen wollten, rate er oftmals, dies mit eigenen Ressourcen zu bewerkstelligen. Denn bei Verbänden seien oft „dicke Bretter“ zu bohren, was Externen oft schwerer falle als Internen, die wüssten, wie die Dinge in der Organisation abliefen. Universitäten seien dagegen nicht gut beraten, altgedientes Personal abzustellen, um das freiwillige Engagement ihrer Mitarbeiter zu entwickeln und zu fördern, da es ihnen hierfür an Professionalität mangle. Daher kaufe z. B. die Universität Halle-Wittenberg hierfür lieber professionelle Expertise von der ortsansässigen Freiwilligenagentur ein. Dies werde vielen Unternehmen nicht anders ergehen.

Prof. Dr. Karsten Speck (Universität Oldenburg) weist auf einige neuere Entwicklungen in Freiwilligenagenturen hin. So unterstützte z. B. die Freiwilligenagentur Bremen sogenannte „Szenenwechsel“-Projekte, bei denen Unternehmensmitarbeiter mit Zustimmung der Unternehmensleitung ehrenamtlich einen Tag in sozialen Einrichtungen tätig seien, um neue Erfahrungen zu sammeln und soziale Kompetenzen zu erweitern. Andere Freiwilligenagenturen nutzten die „Marktplatz“-Methode, bei der Unternehmen und soziale Einrichtungen zusammengebracht würden und ein Tauschgeschäft vereinbarten. Wieder andere Freiwilligenagenturen, z. B. in Halle und Oldenburg, gingen auf Hochschulen zu und versuchten gemeinsam mit ihnen, junge Menschen durch entsprechende curriculare Angebote an freiwilliges Engagement heranzuführen.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Backhaus-Maul und Herrn Professor Speck für die Präsentation der sehr interessanten Ergebnisse ihrer Studie.

Tagesordnungspunkt 2

Präsentation zentraler Befunde der Studie „Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ durch Dr. Christoph Emminghaus und Anna Iris Henkel (Rambøll Management Consulting)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Mehrgenerationenhäuser in den vergangenen Jahren zu einer wichtigen neuen Infrastruktureinrichtung des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt hätten. In einer ersten Förderphase von 2006 bis 2011 habe das BMFSFJ bekanntlich 500 Mehrgenerationenhäuser als niedrigschwellige soziale Anlaufstellen für das Miteinander von Menschen unterschiedlichen Lebensalters im gesamten Bundesgebiet gefördert, wobei bürgerschaftliches Engagement in der Arbeit der Häuser eine wichtige Rolle gespielt habe. Dies gelte auch für das im Januar 2012 gestartete Folgeprogramm „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II“, das u. a. darauf abziele, Mehrgenerationenhäuser zu Knotenpunkten des bürgerschaftlichen Engagements und des Bundesfreiwilligendienstes in den Kommunen weiterzuentwickeln.

Mit der Wirkungs- und Begleitforschung für das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser I“ habe das BMFSFJ Rambøll Management Consulting beauftragt. Die zentralen Ergebnisse der Studie „Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ würden Herr Dr. Emminghaus und Frau Henkel nun in ihrer Präsentation (Anlage 2) vorstellen. Zunächst wolle er jedoch der für die Mehrgenerationenhäuser zuständigen Referatsleiterin im BMFSFJ, Frau Scheithauer, das Wort für einige kurze einführende Bemerkungen erteilen.

Gudrun Scheithauer (BMFSFJ) dankt für die Einladung und die Möglichkeit, die wichtigsten Ergebnisse der Evaluationsstudie im Unterausschuss präsentieren zu können. Die wissenschaftliche Begleitung sei dem Ministerium von Anfang an sehr wichtig gewesen, da sie es ermöglicht habe, das Programm mit Blick auf die Vielzahl der Standorte zu steuern und programmbegleitend gesellschaftspolitische Potenziale zu entdecken, die man zunächst gar nicht so gesehen habe. Sie wolle nur die Stichworte „Pflege und Demenz“ und „Ländliche Räume“ nennen, die in den Häusern eine besondere Rolle gespielt hätten.

Dr. Christoph Emminghaus (Rambøll Management Consulting) bedankt sich ebenfalls erst einmal für die Einladung. Er werde zunächst die Grundarchitektur des Programmes

vorstellen. Anschließend werde Frau Henkel konkret auf den Bereich des freiwilligen Engagements eingehen.

Die Arbeit im Rahmen dieses Programmes sei für Rambøll Management Consulting eine ganz besondere gewesen, obwohl man viele Programme in unterschiedlichen Kontexten evaluiere. Man sei seit der Programmgenese im Jahr 2006 dabei gewesen, habe zusammen mit dem Ministerium die Programmarchitektur besprochen und die Bereiche identifiziert, wo Wirkungen zu erwarten seien. Auch an der Auswahl der Häuser sei man beteiligt gewesen. Von daher habe man ein anderes Evaluationsverständnis als bei anderen Programmen, wo man oft erst hinzukomme, um zu schauen, ob das, was sich andere ausgedacht hätten, auch funktioniert habe. Die eigene Rolle sei primär durch ein Serviceverständnis sowohl gegenüber dem Ministerium bei der Programmsteuerung als besonders auch gegenüber den Häusern bei der Programmimplementierung geprägt gewesen, wobei die Ergebnisse regelmäßig an die 500 Häuser zurückgespiegelt worden seien. Von daher sei man über viele Jahre eng mit dem Programm verbunden und kenne viele Häuser durch Projektbesuche aus eigener Anschauung.

Im Vordergrund der fortlaufenden Evaluation habe vor allem die Programmnachhaltigkeit gestanden. Dazu habe man sich zunächst angeschaut, ob und wenn ja, welche Wirkung in den Mehrgenerationenhäusern erzielt werde. Dazu seien zunächst Strukturen für die Programmdurchführung etabliert worden, deren Umsetzung regelmäßig überprüft worden sei. Zweimal im Jahr sei eine Online-Befragung in allen Häusern vorgenommen worden. Befragt worden seien auch die Nutzerinnen und Nutzer, um deren Zufriedenheit mit den Angeboten der Häuser in Erfahrung zu bringen. Außerdem seien auch die Kooperationspartner in die Befragung einbezogen worden, um neue Trends aufzuspüren und zu schauen, wie sich das Programm dort entwickele. Die Häuser hätten z. B. sofort eine Rückmeldung erhalten, wenn Nutzerzahlen oder Zufriedenheit zurückgegangen seien. Darüber hinaus habe man sich qualitativer Analysemethoden bedient. Viele Häuser seien mehrfach besucht worden, um neue Themen zu identifizieren, die auch für andere Häuser interessant seien. Auf diese Weise sei eine sehr erfolgreiche, lernende Programmstruktur etabliert worden.

Ein Programmziel sei gewesen, Antworten auf aktuelle gesellschaftliche und soziale Fragen zu geben. Dieses Ziel sei bewusst so allgemein gehalten worden, da nicht in allen 500 über das gesamte Bundesgebiet verteilten Häusern die gleichen Probleme bestanden

hätten. Vielmehr sollten die Häuser jeweils Antworten für die konkreten und spezifischen Themen vor Ort entwickeln. Weitere Programmziele seien die Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft und die Etablierung von zielgruppen- und bereichsübergreifenden Ansätzen in der sozialen Arbeit gewesen. Dabei sei es auch um eine „Entsäulung“, das Zusammenbringen der Generationen und eine nachhaltige sozialräumliche Weiterentwicklung gegangen.

Die Häuser seien zu zentralen Anlaufstellen für alle Generationen geworden, in denen Familien mit Kindern über Familiengrenzen hinaus mit Senioren und Hochbetagten zu Begegnungen zusammengebracht worden seien. Dies sei ein wichtiger Schwerpunkt in den Häusern, da das Erleben von Generationszusammenhängen in den Familien vor dem Hintergrund sich wandelnder Arbeits- und Wohnstrukturen seltener werde. Das Programm habe so insgesamt stark zur Integration verschiedener Zielgruppen beigetragen.

Die Struktur der Mehrgenerationenhäuser ziele darauf ab, dass die Nutzerinnen und Nutzer in ihnen alles unter einem Dach vorfinden. Herzstück der Mehrgenerationenhäuser sei der „offene Treff“, den man ohne einen Termin oder ein festes Ziel aufsuchen könne, um einfach einen Kaffee zu trinken, Zeitung zu lesen oder miteinander ins Gespräch zu kommen. Häuser, denen die Vermittlung dieses Ansatzes gelungen sei, seien in der Regel besonders erfolgreich gewesen.

In den Häusern stehe zudem die Einbeziehung aller vier Lebensalter im Mittelpunkt. Es gehe um generationenübergreifende Arbeit und nicht nur um Angebote für bestimmte Altersgruppen. Die Häuser sollten zudem zu einer Informationsdrehscheibe für soziale Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote in der Kommune werden und mit externen Kooperationspartnern zusammenarbeiten. Über die Hälfte der Häuser habe z. B. bei der Befragung erklärt, dass ihnen die Zusammenarbeit mit Freiwilligenagenturen sehr wichtig oder wichtig sei. Ein bedeutendes Thema sei seit dem Programmstart 2006 auch das Thema „Kinderbetreuung“ gewesen. Dabei sollten die soziale und wirtschaftliche Diskussionskultur sowie die Angebote der lokale Wirtschaft und der Mehrgenerationenhäuser miteinander verbunden werden.

Er wolle im Folgenden einige Zahlen präsentieren, die den Erfolg der Mehrgenerationenhäuser dokumentierten: Beim „offenen Treff“, dem Herzstück der Mehrgenerationenhäuser, seien in den 500 Häusern durchschnittlich 300 Nutzungen pro Tag festgestellt wor-

den. Dazu zählten z. B. die Teilnahme an Veranstaltungen oder das einfache Treffen zu Gesprächen. Über 20 Prozent der Angebote in den Häusern seien auf die Kategorie „Offene Begegnung/Treffpunkt“ entfallen. Gerade im ländlichen Raum, aber auch in vielen Städten seien die Häuser so zu einer wichtigen Anlauf- und Kontaktstelle der verschiedenen Generationen geworden. Die 500 Häuser wiesen zudem ein breites Angebotsspektrum auf. Insgesamt seien über 15.000 regelmäßige Angebote für alle Generationen gezählt worden, die täglich, wöchentlich oder monatlich in den Mehrgenerationenhäusern stattfänden. Über 66.000 Menschen hielten sich an einem durchschnittlichen Nutzungstag in den 500 Mehrgenerationenhäusern auf.

Diese Zahlen zeigten, dass den Mehrgenerationenhäusern das Zusammenbringen der Generationen tatsächlich gelinge. Um dies zu messen, sei ein eigener Generationenindex entwickelt worden, bei dem man die Bevölkerung in vier Gruppen unterteilt habe: Kinder und Jugendlichen (0 bis 20 Jahre), junge und mittlere Erwachsene (21 bis 50 Jahre), ältere Erwachsene (51 bis 65 Jahre) sowie Senioren und Hochbetagte (ab 65 Jahre). Ein Haus, dem es gelinge, alle vier Gruppen im gleichen Maße an einem durchschnittlichen Tag bei sich zu haben, erreiche den Indexwert 1. Eine Kita weise z. B. in der Regel den Indexwert 0,25 auf, da sie nur eine der genannten vier Gruppen erreiche. Alle Häuser zusammen schafften einen Generationenindex von durchschnittlich 0,67; fast die Hälfte der Häuser erreiche einen Indexwert von 0,7 und höher, was bedeute, dass in ihnen im Schnitt drei Generationen zusammen aktiv seien. Dies sei ein großer Erfolg des Programms.

Betrachte man die Altersverteilung der Mehrgenerationenhäuser, so sei zu konstatieren, dass 42 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer Kinder und Jugendliche seien. Das hänge damit zusammen, dass viele Häuser eine Kinderbetreuung anböten. 29 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer zählten zu den jungen und mittleren Erwachsenen und jeweils 15 Prozent zu den älteren Erwachsenen bzw. Senioren und Hochbetagten. Diese Verteilung sei am Anfang des Programms noch wesentlich ungleichmäßiger gewesen. Die Grafik zur Kontakthäufigkeit zwischen den Generationen illustriere zudem, dass die Nutzerinnen und Nutzer nicht nur Kontakt zu Personen im gleichen Alter hätten, was naheliegend wäre, sondern auch Kontakt zu anderen Altersgruppen hätten.

Einige Leistungen der Häuser wolle er abschließend kurz hervorheben. In den letzten Jahren seien viele Kinderbetreuungsangebote entstanden, wobei innerhalb des Aktionsprogramms darauf geachtet worden sei, dass es sich um neue zielgruppenspezifische

Angebote handele, die nicht schon vor Ort vorhanden gewesen seien. Unterschiede seien dabei insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland zu verzeichnen. In Ostdeutschland seien vor allem Betreuungsangebote in Randzeiten entstanden, die das vorhandene, oftmals schon gute Angebot ergänzten. In westdeutschen Mehrgenerationenhäusern seien dagegen überwiegend normale Kita-Plätze für unter Dreijährige entstanden. Dies zeige, dass sich am lokalen Bedarf orientierte Angebote entwickelt hätten, die von den Menschen vor Ort auch nachfragt würden.

Frau Scheithauer habe bereits darauf hingewiesen, dass man im Laufe des Programms entdeckt habe, dass die Nachfrage im Bereich „Pflege und Demenz“ steige, nicht aber die Angebote. Man habe daher eine Initiative zur Entwicklung von Angeboten für demenzerkrankte Menschen gestartet, die vor allem auf Qualifizierung, Information, Vernetzung von Angehörigen und Freiwilligen etc. abzielten. Im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen gebe es sowohl familienunterstützende Angebote, z. B. für einen leichteren Wiedereinstieg in den Beruf, als auch personenbezogene Dienstleistungen. Im Schnitt gebe es ein Vermittlungsangebot pro Haus.

Ein Punkt, mit dem sich die Häuser am Anfang schwer getan hätten, sei die Kooperation mit der Wirtschaft gewesen. Viele hätten nicht gewusst, wie sie für Unternehmen attraktiv werden sollten oder seien auch mit der falschen Erwartung gestartet, dass die Unternehmen in großem Umfang Angebote der Häuser finanzieren würden. Inzwischen arbeiteten jedoch mehr und mehr Häuser – oft punktuell – mit Unternehmen zusammen und dies nicht selten in anderen Bereichen als ursprünglich erwartet. In jedem fünften Mehrgenerationenhaus seien Unternehmen konzeptionell in die Gestaltung der Häuser eingebunden. Dies sei ein erfreulicher, aber sicherlich noch ausbaufähiger Wert. Frau Henkel werde den Fokus im Folgenden auf den Bereich des freiwilligen Engagements legen.

Anna Iris Henkel (Rambøll Management Consulting) hebt hervor, dass die Stärkung sozialer Verantwortung und sozialen Zusammenhalts durch freiwilliges Engagement ein wesentlicher Schwerpunkt in den Mehrgenerationenhäusern sei. Sie werde in ihrem Beitrag darauf eingehen, warum gerade die Aktivierung von freiwillig Engagierten als Erfolg des Aktionsprogramms bezeichnet werden könne und wie es den Häusern gelungen sei, so viele freiwillig Engagierte zu gewinnen und auch dauerhaft an sich zu binden. Ferner werde sie darlegen, was die Häuser als mit und für freiwillig Engagierte arbeitende Einrichtungen auszeichne und welche Perspektiven dies für das Folgeprogramm biete.

Zunächst einmal sei hervorzuheben, dass mittlerweile bundesweit über 20.000 freiwillig Engagierte in den Häusern aktiv seien. Das seien im Durchschnitt 47 Freiwillige pro Haus. 2008 seien es erst durchschnittlich 28 Freiwillige pro Haus gewesen. Im Schnitt engagiere sich ein Freiwilliger 7 Stunden pro Woche in einem Mehrgenerationenhaus, das seien – bezogen auf alle Freiwilligen – über 300 Stunden pro Woche und Haus. Mit 66 Prozent seien die freiwillig Engagierten mittlerweile die größte Gruppe aller Aktiven in den Mehrgenerationenhäusern, die insgesamt mehr Stunden in den Häusern erbrächten als beispielsweise die Festangestellten.

70 Prozent des freiwilligen Engagements flössen in die Vorbereitung und Durchführung von Angeboten und erfolgten zum größten Teil eigenständig und eigenverantwortlich. Dies geschehe natürlich in Zusammenarbeit mit den anderen aktiven Gruppen, aber mit einem hohen Grad an Autonomie. Dies sei auch ein wichtiger Erfolgsfaktor der Häuser, auf den sie später noch einmal kurz zu sprechen kommen werde.

Die freiwillig Engagierten kämen – genau wie die Nutzerinnen und Nutzer der Häuser – aus allen Generationen. Die am stärksten vertretende Gruppe seien mit 44 Prozent die jungen und mittleren Erwachsenen. Die am stärksten gewachsene Gruppe sei die der über 65-Jährigen, die mittlerweile fast 20 Prozent der Freiwilligen ausmachten. Dieser Erfolg sei vor allem auf den niedrighwelligen Zugang und offenen Begegnungscharakter der Häuser zurückzuführen, der in vielen Fällen einen fließenden Übergang von Besuch und Nutzung hin zur Engagementtätigkeit begünstigte. Es sei erfreulicherweise auch gelungen, die eher engagementfernen Gruppen anzusprechen und für ein Engagement zu gewinnen, z. B. Menschen mit Migrationshintergrund. Die Begegnung und der Kontakt zu anderen Menschen und anderen Generationen sei *das* zentrale Motiv für das Engagement der Freiwilligen. Diese hätten auch dreimal häufiger Kontakt zu anderen Generationen als sich nicht engagierende Nutzerinnen und Nutzer.

Den Häusern gelinge es grundsätzlich, Vorstellungen, Wünsche und Interessen von freiwillig Engagierten aufzugreifen und in die Struktur sowie in die Planungs- und Entscheidungsfindungsprozesse der Häuser einzubinden. So erstaune es nicht, dass eine partnerschaftliche Beteiligung freiwillig Engagierter für mehr als drei Viertel der Häuser von großer bis sehr großer Bedeutung sei. Fast alle Häuser hätten eine zentrale Ansprechperson für die freiwillig Engagierten. Es gelinge ihnen auch, sich wandelnde Engagementbedürfnisse und anlassbezogenes Engagement aufzunehmen. So engagierten sich die vier

Altersgruppen in sehr unterschiedlichem Maße. Jugendliche seien beispielsweise mit durchschnittlich elf Stunden pro Woche sehr viel öfter engagiert als andere Altersgruppen; Alleinerziehende engagierten sich deutlich häufiger als Eltern in Paarbeziehungen. Gerade bei den Seniorinnen und Senioren gebe es sehr treue Engagierte. Über die Hälfte von ihnen sei länger als zwei Jahre in den Häusern aktiv, wenngleich mit sehr unterschiedlichem Umfang und sehr unterschiedlichen Interessen.

Durch die Offenheit und die Einbindung der freiwillig Engagierten in den Häusern sei sehr viel Raum für variable Engagementformen und Engagementinhalte vorhanden. Die Häuser wiesen ein breites Themen- und Angebotsspektrum auf und folgten dabei sehr stark den Interessen der freiwillig Engagierten. Das sei das zweite zentrale Motiv, das die Ehrenamtlichen mit ihrem Engagement verfolgten. Wenn in den Häusern für die Umsetzung bestimmter Interessen freiwillig Engagierter kein Raum sei, versuchten diese in Zusammenarbeit mit den durchschnittlich 51 Kooperationspartnern pro Haus, Engagementmöglichkeiten zu finden, die den Wünschen und Bedürfnissen der Freiwilligen entsprächen. Das Engagement für Dritte außerhalb der Mehrgenerationenhäuser bekomme dadurch einen zunehmenden Stellenwert. Dabei handele es sich z. B. um Patenschaften, aber auch um Pflege- und Migrationsbegleitung und generationenübergreifende Aktivitäten, die außerhalb der Häuser in Kindertagesstätten, Schulen oder Seniorenheimen stattfänden. Die Häuser vermittelten im weitesten Sinne vermehrt freiwillig Engagierte an ihre Kooperationspartner, zugleich eröffne dies den freiwillig Engagierten zusätzliche Tätigkeitsbereiche und Einsatzorte. Erfahrungen bei der Aktivierung und Einbindung von freiwillig Engagierten flössen aktiv in die Netzwerk- und Vernetzungsarbeit ein. Die Mehrgenerationenhäuser übernahmen dabei zunehmend Aufgaben der Koordinierung und Vermittlung in ihrem lokalen Umfeld.

Die Möglichkeit, in der Engagementtätigkeit seinen eigenen Interessen folgen zu können, trage auch zu einer stärkeren Anerkennung und Wertschätzung von freiwilligem Engagement sowohl in den Mehrgenerationenhäusern als auch bei den Partnereinrichtungen bei. Mehrgenerationenhäuser arbeiteten vermehrt auch mit kommunalen Einrichtungen zusammen. Im Schnitt habe jedes Mehrgenerationenhaus mindestens einen Partner aus der Kommune. Dadurch gewinne das Thema „Freiwilliges Engagement“ auch dort an Bedeutung. An diese Erfolge solle im Folgeprogramm angeknüpft werden. Zentrale Aufgabe der Mehrgenerationenhäuser seien auch weiterhin, freiwilliges Engagement zu

fördern, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und als zentrale Anlaufstelle für Freiwillige jeden Alters zu fungieren.

Es finde in den Häusern auch eine begleitende, oft sehr niedrigschwellige Qualifizierung von freiwillig Engagierten statt, bei der es um die Begleitung der Freiwilligen bei ihrer Tätigkeit und die Diskussion über die dabei gemachten Erfahrungen gehe. Einige Mehrgenerationenhäuser setzten auch Landesprogramme, z. B. den Seniortrainer, um. Gerade im Bereich der Pflegebegleitung und der Demenzbetreuung erhielten die dort eingesetzten freiwillig Engagierten ein Qualifizierungsangebot durch Fachpersonal, was sowohl die Zufriedenheit der Freiwilligen als auch die Qualität der Arbeit erhöhe. Diese Unterstützung der persönlichen Entwicklung werde auch weiterhin ein wichtiger Schwerpunkt bleiben, da – vor dem Hintergrund der Kooperation zwischen dem BMFSFJ und der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des Aktionsprogramms – vermehrt auch Wert auf den Kompetenzerwerb und die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit gelegt werden solle.

Ein weiteres Ziel des Folgeprogrammes sei es, die Wertschätzung der Freiwilligen in den Häusern, aber darüber hinaus auch in der Kommune und in der Öffentlichkeit weiter zu steigern. Dies geschehe z. B. über regelmäßige Dankeschön-Veranstaltungen für Freiwillige. Damit sich die Häuser noch stärker zu Knotenpunkten für freiwilliges Engagement in ihrem lokalen Umfeld entwickelten, sei es wichtig, tragfähige Vernetzungsstrukturen mit anderen lokalen Engagementakteuren auf- und auszubauen und mit kommunalen Strategien, Projekten und Initiativen zu verzahnen. Auch in diesem Bereich gebe es bereits viele Beispiele, auf denen sich aufbauen lasse. Dadurch könnten die Häuser – wenn vielleicht auch nicht überall im gleichen Umfang und mit gleicher Qualität – einen zentralen Beitrag zur Stärkung der lokalen Engagementinfrastruktur leisten.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Emminghaus und Frau Henkel für ihre Präsentation. Die Fraktionsrunde eröffne der Kollege Riegert.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) erklärt, er hätte am Ende der Präsentation eigentlich mit einer langen „Wunschliste“ der Häuser an den Bund gerechnet. Der Abgeordnete erkundigt sich, ob es tatsächlich keine gebe. Ihn interessiere ferner, ob es zwischen den Mehrgenerationenhäusern in Ost und West signifikante Unterschiede gebe.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) betont, sie habe aus verschiedenen Gründen einige Schwierigkeiten mit den Mehrgenerationenhäusern. Erstens handele es nicht immer um neue, sondern zum Teil um bereits existierende Einrichtungen, die einfach mit dem Label „Mehrgenerationenhaus“ versehen worden seien. Auch die Debatte, dass z. B. die herkömmlichen Pflegeeinrichtungen den heutigen Bedürfnissen konzeptionell nicht mehr gerecht würden und sie sich daher umstellen müssten, sei bei den Wohlfahrtsverbänden schon lange vor der Förderung der Mehrgenerationenhäuser geführt worden. Vor diesem Hintergrund interessiere sie, was bei den Einrichtungen innerhalb des Aktionsprogramms konkret gefördert werde.

Zweitens erkundigt sich die Abgeordnete, welche Freiwilligen sich eigentlich in den Mehrgenerationenhäusern engagierten. Handele es sich dabei um Freiwillige, die auch sonst in Pflegeeinrichtungen vorläsen oder pflegende Angehörige begleiteten und unterstützten? Die Pflegereform im Jahr 2008 habe auch die Möglichkeit eröffnet, bürgerschaftliches Engagement im Pflegebereich zu fördern und dafür ein geringes Entgelt zu zahlen. Seien in diesem Bereich auch die erwähnten engagierten Migrantinnen und Migranten in den Häusern aktiv?

Es sei drittens erwähnt worden, dass sich Mehrgenerationenhäuser stärker vernetzen und zu Knotenpunkten für bürgerschaftliches Engagement entwickeln sollten. Hier sehe sie deutliche Überschneidungen zum Tätigkeitsbereich der Freiwilligenagenturen. Zudem habe sie Zweifel, ob die Mehrgenerationenhäuser dazu überhaupt in der Lage seien, da sie vor allem Freiwillige suchten, die sie für die Angebote der Häuser benötigten. Deshalb müsse man genau hinschauen, ob die Politik die Weichen in die richtige Richtung stelle. Denn auch andere Treffpunkte und Einrichtungen, die sie kenne, versuchten alle möglichen Förderprogramme wie Pflegelotsen, Bildungslotsen, Kulturlotsen etc. zu nutzen, um neue Gelder zu akquirieren und Freiwillige an sich zu binden. Es müsse daher der Aufbau von Doppelstrukturen durch solche Förderprogramme vermieden werden.

Abg. **Heinz Golombeck** (FDP) erkundigt sich, ob die Zahl der Mehrgenerationenhäuser zu- oder abnehme und wie sich die Zahl der Freiwilligen entwickele. Ihn interessierten auch die erwähnten 900 Angebote im Bereich „Pflege und Demenz“. Diese könnten nicht ohne Weiteres von Freiwilligen durchgeführt werden, sondern hierfür müsse entsprechendes Fachpersonal zur Verfügung stehen. Dies gelte auch für den angesprochenen

und angestrebten Kompetenzerwerb und die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit. Sei dies in den Häusern tatsächlich gewährleistet?

Abg. **Ulrich Schneider** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich zunächst für den ausführlichen Bericht. Seine erste Frage sei, wie viele der Mehrgenerationenhäuser wirklich neu entstanden seien und bei wie vielen es sich um eine Erweiterung von bereits bestehenden Einrichtungen handle. Ihn interessiere ferner, wie viele Freiwilligendienstleistende es in den Mehrgenerationenhäuser gebe und wie es um deren Zufriedenheit bestellt sei. Der Freiwilligendienst aller Generationen, der für die Mehrgenerationenhäuser sehr wichtig gewesen sei, sollte nach dem Auslaufen der Bundesförderung Ende 2011 in die Mehrgenerationenhäuser integriert werden. Gebe es dafür bereits Konzepte oder welche Schritte müssten für eine Umsetzung erst noch getan werden? Der Abgeordnete möchte außerdem wissen, wie viele Mehrgenerationenhäuser – zusätzlich zur Bundesförderung – Unterstützung von Kommune oder Land erhalten hätten. Schließlich interessiere ihn auch, welche Qualifikationen für die Führungskräfte eines Mehrgenerationenhauses maßgeblich seien und inwiefern die Ergebnisse der Evaluationsstudie in das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II einfließen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die ausgewählten Mehrgenerationenhäuser eigentlich als Leuchttürme für andere fungieren sollten. Ihn interessiere daher, ob es auch zur Gründung von nicht durch das Bundesprogramm geförderten Mehrgenerationenhäusern gekommen sei. Es gebe aus seiner Sicht zwei idealtypische Mehrgenerationenhäuser. Das eine sei völlig neu entstanden und gebaut, während das andere 30, 40 Jahre z. B. ein Jugendhaus gewesen sei, ehe es zum Mehrgenerationenhaus weiterentwickelt worden sei. Wie wirke sich eine solche unterschiedliche Entstehungsgeschichte auf die Akzeptanz der Einrichtungen aus? Würden ehemalige Jugendhäuser oder Seniorentreffs, die zu Mehrgenerationenhäusern geworden seien, tatsächlich als solche wahr- und angenommen oder seien sie durch ihre frühere Funktion und Nutzung noch über Jahre geprägt, sodass man konzeptionell eigentlich völlig neu denken müsse?

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) möchte wissen, wie die hohe Zahl von elf Stunden bei freiwillig engagierten Jugendlichen in den Mehrgenerationenhäusern zustande komme. Denn die Umfragen wiesen bei Jugendlichen gewöhnlich in eine andere Richtung.

Dr. Christoph Emminghaus (Rambøll Management Consulting) weist darauf hin, dass Frau Henkel und er sich die Antworten aufteilen würden. Die vom Abg. Riegert angesprochene Wunschliste gebe es bei den Häusern durchaus. Die beiden Hauptpunkte seien mehr Geld und eine längerfristige Zusage, dass das Programm vom Bund weitergetragen werde. Die nächsten drei Jahre sollten nach seiner Auffassung intensiv genutzt werden, um über Transfer und Nachhaltigkeit nachzudenken. In der ersten auf fünf Jahre angelegten Phase sei viel geschafft worden und seine These sei, dass vieles auch dann erhalten geblieben wäre, wenn es kein neues Programm gegeben hätte. Denn die Strukturen funktionierten und die Häuser hätten sehr intensiv an der Entwicklung von Geschäftsmodellen und der Erschließung neuer Finanzierungsquellen gearbeitet. Das unterscheide sie nicht so sehr von den Freiwilligenagenturen, wobei es für ein Mehrgenerationenhaus leichter sei, weitere Förderprogramme für sich zu nutzen, da sie breiter aufgestellt seien.

Hauptansatz von guten Mehrgenerationenhäusern sei es, auf lokale Bedarfslagen zu reagieren. Auf den Ost-West-Unterschied bei der Kinderbetreuung in den Mehrgenerationenhäusern habe er bereits hingewiesen. Die Häuser im Osten hätten aus verschiedenen Gründen, wie z. B. der geringeren Bevölkerungsdichte, am Anfang auch wesentlich weniger Freiwillige gehabt. Neben einem Ost-West- gebe es auch einen Stadt-Land-Unterschied.

Er stimme der Abg. Kumpf zu, dass vieles schon da gewesen und nicht alles durch das Aktionsprogramm neu entwickelt worden sei. Das sei aber auch nicht bezweckt gewesen. Es habe auch eine lange Diskussion darüber gegeben, ob es erfolgversprechender sei, Mehrgenerationenhäuser „auf der grünen Wiese“ völlig neu zu entwickeln. Es gebe ein paar Häuser, wo dies gelungen sei. Richtig erfolgreich seien aus seiner Sicht aber die Häuser, wo vieles schon da gewesen sei. Bei der Evaluation habe man unabhängig davon darauf geachtet, was sich in den Häusern (weiter)entwickelt habe, seitdem sie im Programm seien.

Das Aktionsprogramm erhebe nicht den Anspruch, alles neu erfunden zu haben. Es handle sich aber um einen guten Ansatz, der in die Zeit gepasst und einen Trend weiter befördert habe. Dies zeige auch, dass die Zahl der Bewerbungen für das Aktionsprogramm II größer gewesen sei als bei der ersten Runde. Es seien auch Häuser gegründet worden, obwohl sie nicht in das Aktionsprogramm aufgenommen worden seien und nicht die 40.000 Euro Bundesförderung erhalten hätten. Kein Haus sei im Übrigen allein mit der Bundesförderung ausgekommen, da man von dieser allenfalls einen Koordinator

und ein wenig Infrastruktur bezahlen könne. Die Häuser benötigten aber für eine erfolgreiche Arbeit ein wesentlich größeres Finanzvolumen. Alle Häuser hätten daher weitere Finanzierungsquellen akquiriert. Es fließe auch viel Geld vom Land, von Kommunen, von Trägern mit in die Häuser hinein. Im neuen Programm sei festgelegt, dass Kommunen oder andere Partner Finanzierungszusagen machen müssten, damit ein Haus überhaupt aufgenommen werde.

Was die Frage des Abg. Golombeck nach der zu- oder abnehmenden Tendenz bei den Mehrgenerationenhäusern angehe, sei seine Wahrnehmung, dass immer mehr Kommunen und Länder erkennen würden, dass eine „Entsäulung“ notwendig sei, um eine finanzierbare, nachhaltige Infrastruktur hinzubekommen. Von daher sehe er mehr und mehr Nachahmer und in diesem Fall sei „nachmachen und klauen“ erlaubt und sogar erwünscht. Denn das Programm habe keinen Exklusivitätsanspruch und auch die Informationsplattformen seien offen zugänglich und von anderen Akteuren für die Weiterentwicklung der Häuser nutzbar. Die 900 Angebote im Bereich „Pflege und Demenz“ würden nicht nur von Freiwilligen getragen. Gerade bei Demenz sei ein hohes Maß an Professionalisierung notwendig. Aber auch hier gebe es begleitende Bereiche, wo Freiwillige aktiv werden könnten.

Auf die eine oder andere Frage des Abg. Schneider sei er bereits eingegangen. Er habe schon erwähnt, dass nur wenige Mehrgenerationenhäuser völlig neu entstanden seien. Er würde dieses Modell auch nicht unbedingt als Vorbild empfehlen. Denn es sei viel einfacher, sich einen erfolgreichen Träger zu suchen, der offen für Generationsarbeit sei und mit diesem gemeinsam ein entsprechendes Angebot zu entwickeln, als eine neue Konkurrenz zu etablieren. Die überwiegende Anzahl der Mehrgenerationenhäuser sei daher auch aus schon bestehenden Einrichtungen weiterentwickelt worden.

Die Qualifikation der Leitung sei in der Tat wichtig, wobei sich hier kein einheitliches Bild abzeichne. Es gebe Leitungskräfte sowohl mit universitärer Ausbildung als auch mit klassischem Berufsabschluss in den Mehrgenerationenhäusern. Das Wichtigste sei, dass diese Netzwerker und Teamplayer seien, die Leute einbinden könnten und dabei nicht zwischen freiwillig Engagierten und Festangestellten unterschieden. Viele Leitungskräfte setzten sich mit Herz und Seele für die Häuser ein und bekämen bei Weitem nicht das bezahlt, was sie an Arbeitszeit und Engagement hineinsteckten. Es sei gewiss kein klassischer „nine-to-five“-Job, mit dem man so ein Haus erfolgreich aufgestellt bekomme.

Die Evaluation habe man extra vor Beginn der zweiten Projektrunde vorgelegt, damit die Häuser sie als Handreichung zum Start des Aktionsprogramms II nutzen könnten. Die Ergebnisse seien auch mit in die Neukonzeption eingeflossen. Dies gelte insbesondere für die Entscheidung, welche Themenschwerpunkte im Folgeprogramm hochgezogen und welche ein wenig heruntergestuft worden seien. Insofern sei der Sachverstand von Rambøll Management Consulting in Form der Evaluationsstudie auch in die Ausgestaltung der zweiten Förderperiode von Anfang an mit eingegangen.

Gudrun Scheithauer (BMFSFJ) ergänzt und unterstreicht noch einmal die Bedeutung der Evaluation für die konzeptionelle Neuausrichtung und Schwerpunktsetzung des Programms. Es sei beim Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser nicht primär um die Schaffung neuer Einrichtungen gegangen. Vielmehr sollte bewusst ein Konzept etabliert werden, das auf dem aufbaue, was vor Ort schon an Infrastruktur dagewesen sei, um die Entstehung von „Projektruinen“, die nach Ende der Modellphase nicht weiterexistierten, zu vermeiden. Am Anfang habe es gerade von Wohlfahrtsverbänden den Hinweis gegeben, dass sie Ähnliches längst machten und daher nicht einsähen, warum sie sich den Anforderungen des Programms, einschließlich Selbstmonitoring, unterziehen sollten. Die Beteiligung am Programm habe dann aber doch bei vielen zu einer positiven Bewertung des Konzeptes und zu einer Weitergabe an andere Einrichtungen geführt. Dies habe man im neuen Programm aufgegriffen. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung würden sogenannte Transferhäuser ausgewählt, die die Aufgabe hätten, das Konzept und die Idee in das lokale Umfeld weiterzutragen.

Dr. Christoph Emminghaus (Rambøll Management Consulting) weist darauf hin, dass die Zahl der geförderten Häuser im Folgeprogramm aus finanziellen Gründen von 500 auf 400 reduziert worden sei. Dies habe aber nichts mit einer zurückgehenden Nachfrage zu tun. Von den Häusern, die nicht mehr gefördert würden, seien die meisten weiterhin aktiv. Es gebe darüber hinaus eine Vielzahl von Einrichtungen, die sich zwar nicht Mehrgenerationenhaus nennen würden, aber trotzdem mit dieser Idee an rund 1.000 Orten in Deutschland in ähnlicher Weise arbeiteten. Es sei sicherlich nicht nur aus finanziellen Gründen leichter, mit einem für eine oder mehrere Zielgruppen schon erfolgreichen Träger zusammenzuarbeiten und mit diesem die anderen Generationen in das Haus mit hineinzuholen. Das setze eine gewisse Offenheit sowie eine positive Bewertung und Weiterentwicklung der konzeptionellen Idee voraus. Dann bekomme man z. B. auch Ältere in eine Einrichtung hinein, die früher ein Jugendzentrum gewesen sei.

Anna Iris Henkel (Rambøll Management Consulting) weist darauf hin, dass die meisten Einrichtungen bereits Vorerfahrungen mit freiwilligem Engagement gehabt hätten, die eine mehr, die andere weniger. Das heiße auch, unabhängig vom Ursprungstyp und Träger habe es sich vielfach schon um sogenannte engagementgetragene Einrichtungen gehandelt, z. B. Verbände, Vereine oder kirchliche Institutionen, wo das klassische Ehrenamt immer eine große Rolle gespielt habe. Zu den Merkmalen der Freiwilligen könne sie nicht so viel sagen, da diese bisher primär als Teil der Nutzerinnen und Nutzer befragt worden seien. Das werde sich im Folgeprogramm ändern. Die Zunahme der Freiwilligen in den Häusern, die zum Teil mit einer geringen Anzahl von freiwillig Engagierten und mit wenig Vorerfahrungen im Umgang mit Freiwilligen angefangen hätten, sei beeindruckend. Das Engagement der Freiwilligen in den Häusern lasse sich aufgrund der Vielfalt nur schwer auf einen Punkt bringen. Bei den pflege- und demenzbezogenen Angeboten übernahmen sie z. B. den Transport der Demenzerkrankten zum Demenzcafé, in dem diese innerhalb des „offenen Treffs“ von Fachpersonal betreut würden, während für die pflegenden Angehörigen oft zeitgleich Sprechstunden angeboten würden.

Die Jugendlichen seien von der Anzahl her die kleinste Gruppe, die sich freiwillig engagiere, was insofern auch den Erkenntnissen aus der Jugendengagementforschung nicht widerspreche. Die hohe Stundenzahl erkläre sich daher, dass darunter auch FSJler und FÖJler subsummiert würden. Dies seien die Tücken der Statistik. Deshalb empfehle sie einen Blick in die Publikation, wo dies noch differenzierter ausgeführt werde. Es seien – im Vergleich zu den über 20.000 freiwillig Engagierten insgesamt – mit knapp über 100 von der Anzahl her relativ wenige gewesen, die ihr FSJ und FÖJ zum letzten Erhebungszeitpunkt im 2. Halbjahr 2011 in einem Mehrgenerationenhaus absolviert hätten. Von der Auftaktveranstaltung zum Aktionsprogramm II sei ihr ein Mehrgenerationenhaus in Erinnerung geblieben, das allein 14 BFDlerinnen und BFDler beschäftigt habe. Insgesamt werde man noch einmal genau hinschauen, wie sich die Freiwilligendienstformate – FSJ, FÖJ und Bundesfreiwilligendienst – im Rahmen des Aktionsprogramms weiterentwickeln würden. Dies gelte auch für den Freiwilligendienst aller Generationen, ohne zu sagen, das müsse immer und überall gehen.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Emminghaus, Frau Henkel und Frau Scheithauer für ihr Kommen und für ihre informativen Ausführungen. Der Unterausschuss werde sich auch im 2. Halbjahr 2012 weiter mit dem Thema „Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen“ befassen.

Tagesordnungspunkt 3

Aktuelle Gesetzesvorhaben

Es gibt keine Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 3.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die nächste Sitzung am 27. Juni 2012 in der Zeit von 17:00 bis 19:00 Uhr stattfinden werde. Dann stünden steuerliche Aspekte im Mittelpunkt. Zum einen werde man das Gespräch mit dem Bundesfinanzministerium über den geänderten Anwendungserlasses zur Abgabenordnung fortsetzen und zum anderen mit Herrn Professor Fleisch vom Bündnis für Gemeinnützigkeit über weiterführende Überlegungen und Vorschläge zur steuerlichen Förderung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements diskutieren.

Der Vorsitzende weist ferner darauf hin, dass sich die Obleute darauf geeinigt hätten, in der ersten Oktoberhälfte, eine Delegationsreise nach Schweden mit sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchzuführen. Die Rücksprache mit der Botschaft habe ergeben, dass die 40. Kalenderwoche die günstigere für die Durchführung der Reise sei. Die Fraktionen würden gebeten, dem Sekretariat möglichst bald ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu benennen. Das Sekretariat werde diese Bitte auch noch einmal allen Obleuten per Mail mitteilen.

Der Vorsitzende wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und schließt die 25. Sitzung des Unterausschusses.

Ende der Sitzung um 19:07 Uhr



Markus Grübel, MdB



Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren in Deutschland. Potenziale und Wirkungen einer bewährten Infrastruktureinrichtung bürgererschaftlichen Engagements

Ausgewählte Befunde einer deutschlandweiten Erhebung

Prof. Dr. Karsten Speck, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Holger Backhaus-Maul, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Deutscher Bundestag/UA „Bürgerchaftliches Engagement“
Berlin, d. 23.05.2012



Gliederung

1. **Rahmendaten und Kontext zum Forschungsprojekt**
2. **Ausgewählte Ergebnisse der Fragebogenerhebung**
 - 2.1 Gründungsphase
 - 2.2 Ressourcen
 - 2.3 Leistungsprofil
 - 2.4 Kommunale Einbindung
 - 2.5 Wirkungspotenziale
3. **Ausgewählte Ergebnisse der qualitativen Fallstudien**
 - 3.1 Organisation
 - 3.2 Rahmenbedingungen
4. **Freiwilligenagenturen und -zentren als Kernbestandteil einer lokalen Infrastruktur bürgerschaftlichen Engagements**

1.1 Kontext

a) Fachdiskurs zum Bürgerschaftliches Engagement

- Engagement im Wandel (Motive, Themen, Formen und Sinnbezüge)
- ungenutzte Engagementpotenziale

b) Fachdiskurs zu Infrastruktureinrichtungen

- Freiwilligenagenturen als kommunale Engagementpolitik
 - Freiwilligenagenturen als intermediäre Organisationen
 - Freiwilligenagenturen und Professionalisierung
-

1.2 Rahmendaten

a) Forschungsfragen

- Gesamtlandschaft und Trends
- Selbstverständnis und Profilentwicklung
- Wirkungspotenziale und lokale Einbindung

b) Methoden

- bundesweite Fragebogenerhebung (224 Agenturen, Rücklauf 62%)
- lokale qualitative Fallstudien (vier Fallstudien, 36 Interviews)
- bundesweite Expertenbefragung (15 ExpertInneninterviews)

c) Laufzeit

Januar 2009 – August 2010

d) Förderung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Gliederung

1. Anlage des Forschungsprojektes

2. Ausgewählte Ergebnisse der Fragebogenerhebung

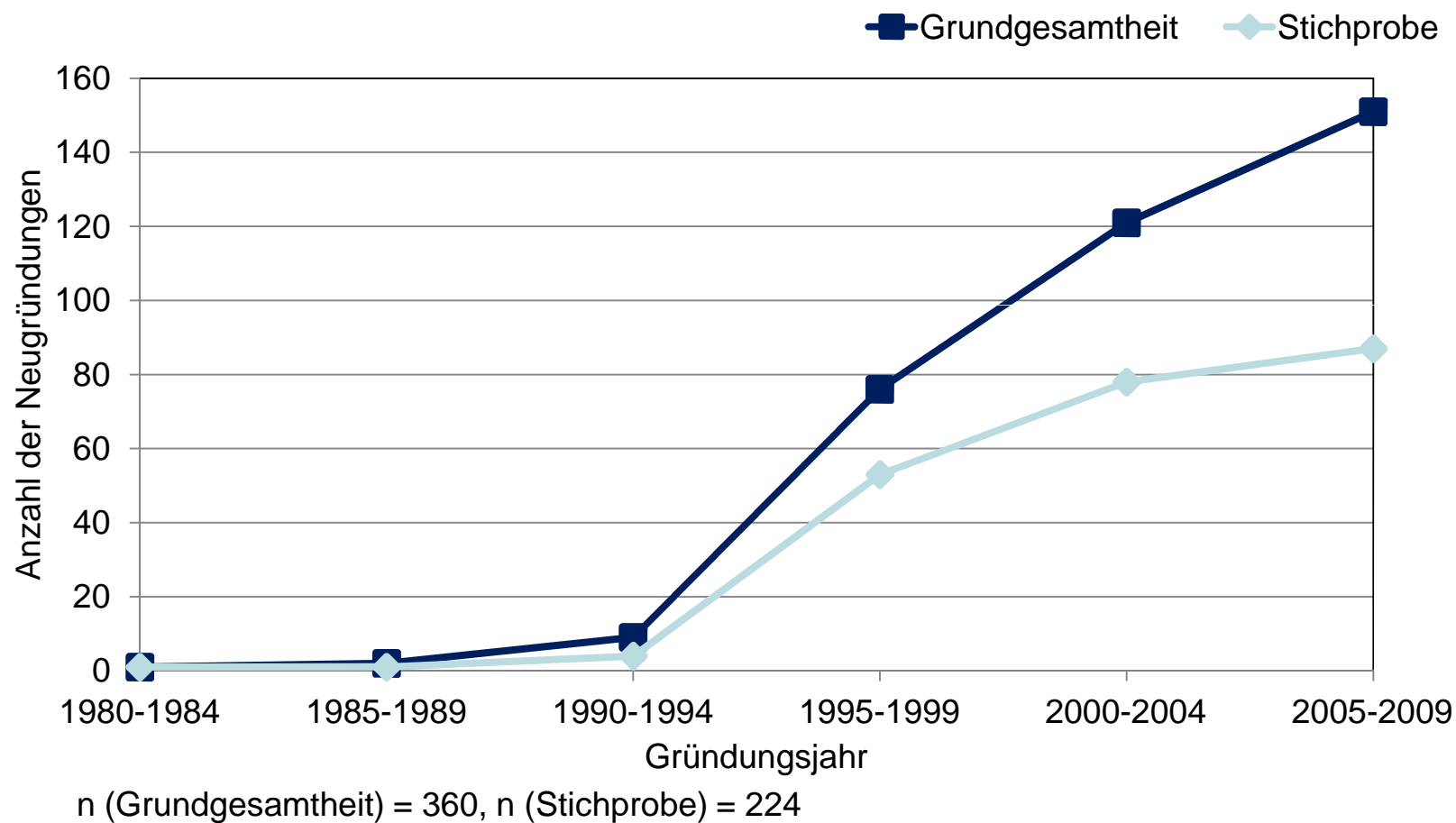
- 2.1 Gründungsphase
- 2.2 Ressourcen
- 2.3 Leistungsprofil
- 2.4 Kommunale Einbindung
- 2.5 Wirkungspotenziale

3. Ausgewählte Ergebnisse der qualitativen Fallstudien

- 3.1 Organisation
- 3.2 Rahmenbedingungen

4. Freiwilligenagenturen und -zentren als Kernbestandteil einer lokalen Infrastruktur bürgerschaftlichen Engagements

2.1 Gründungsphase: Stetiges Wachstum?



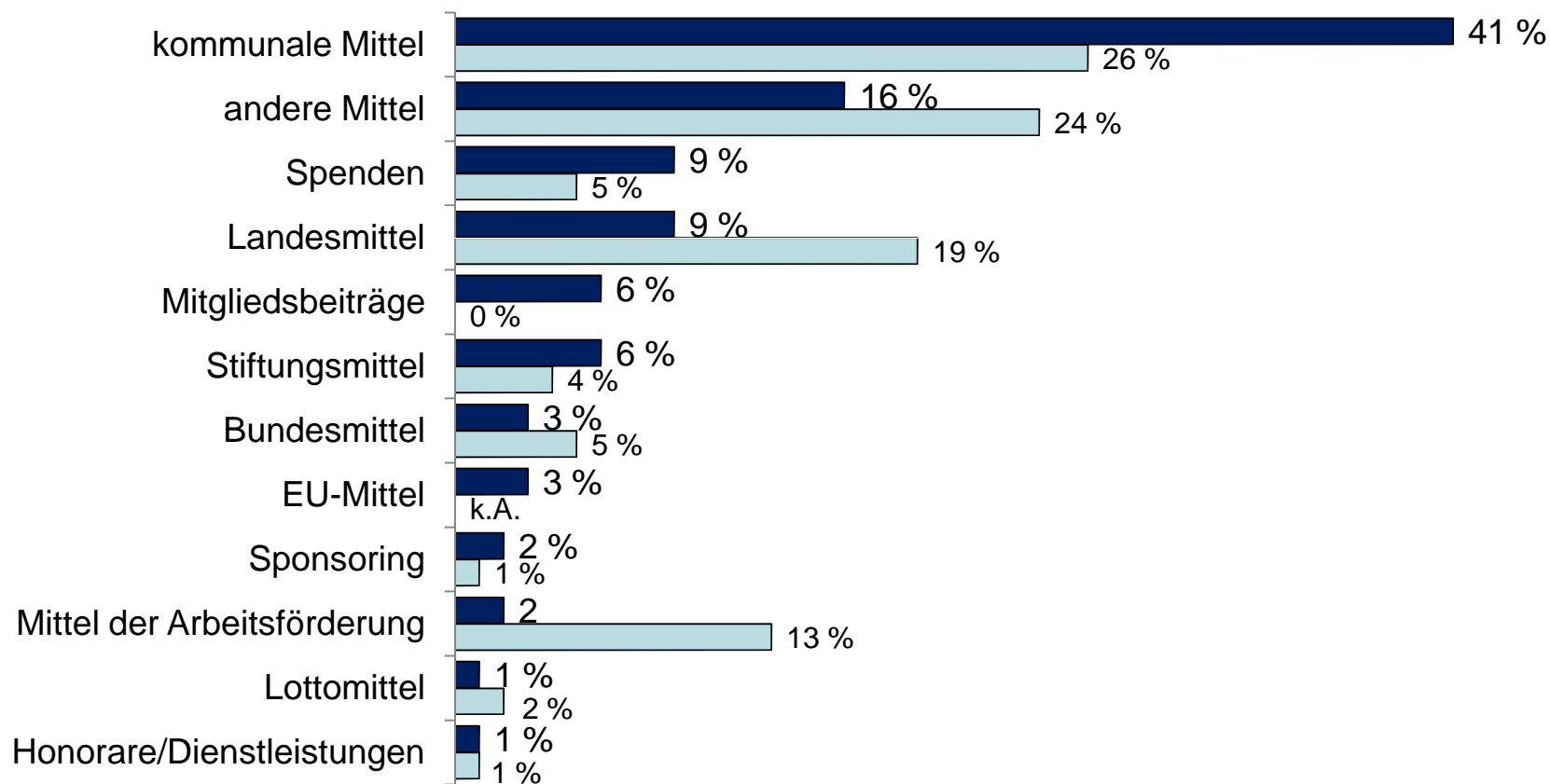
2.2 Ressourcen: Spannweite beim Jahresbudget

in Euro	2009	2001
	%	%
0 bis 10.000	42	19
> 10.000 bis 50.000	32	29
> 50.000 bis 100.000	13	34
> 100.000	13	18
gesamt	100	100

n = 178 (2009), 68 (2001), kursiv: Residuen
für 2001 Umrechnungsfaktor: 1 Euro = 1,95583 DM

2.2 Ressourcen: Finanzierungsmix-Kommune kommt

■ 2009 □ 2001



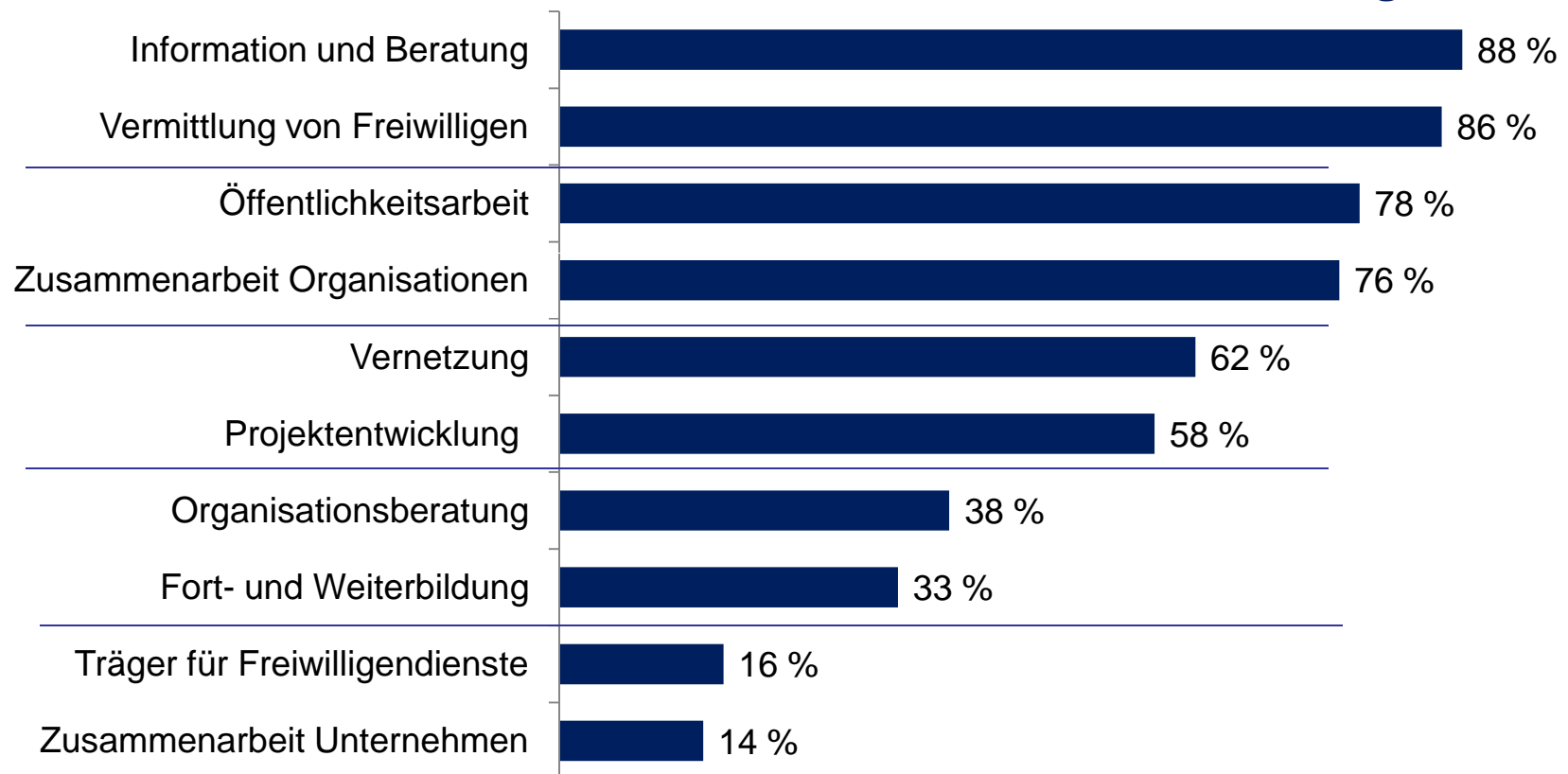
2.2 Ressourcen: Haupt- und Ehrenamtliche

	2009	2001
	%	%
ohne Hauptamtliche	27	12
ein/e Hauptamtliche/r	43	38
zwei Hauptamtliche	15	27
mehr als zwei Hauptamtliche	15	23
Gesamt	100	100

n = 221 (2009), 80 (2001), kursiv: Residuen

2.3 Leistungsprofil

starke Besetzung von ...



2.4 Kommunale Einbindung

FWA als aktive Infrastruktureinrichtungen

- 77% initiiieren Aktionen mit lokalen Partnern zum Thema BE
→ 1 - 3 pro Jahr
- 44% koordinieren lokale Arbeitsgruppen zum Thema BE
→ 1 - 2 pro Jahr

FWA als Ansprechpartner von Politik und Verwaltung

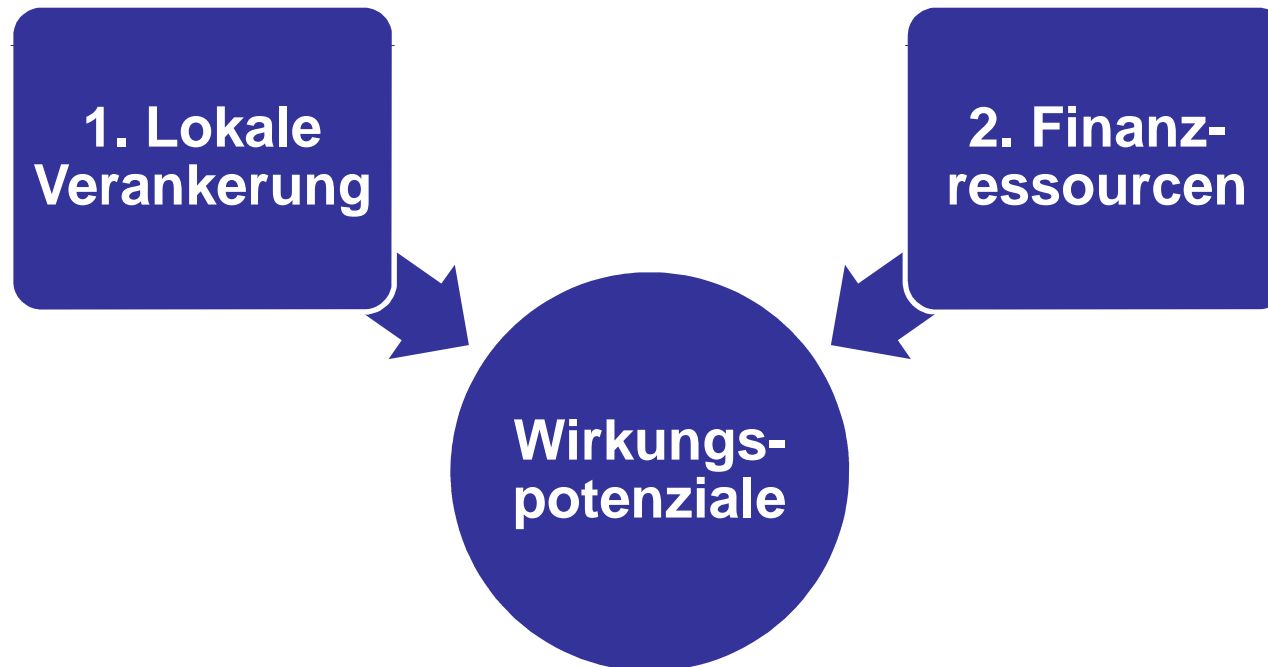
- 76% haben konkrete AnsprechpartnerInnen in der Verwaltung
 - 47% pflegen persönliche Kontakte zu KommunalpolitikerInnen
 - 46% beteiligen VertreterInnen aus Politik/Verwaltung (z.B. in Gremien)
 - 40% kooperieren mit Politik/Verwaltung in BE-Netzwerken
-

2.5 Wirkungspotenziale: Beispielzusammenhänge

	Alle	mehr	mehr	Groß-	komm.
		55.000	als	stadt	Unterst
		Euro	2 HA		.
	Md	Md	Md	Md	Md
Anzahl der Bürger pro Jahr, die sich an die FWA wenden	130	350	500	299	232

2.5 Wirkungspotenziale: Zusammenhänge

Entscheidenden Einfluss auf die Wirkungspotenziale der
Freiwilligenagenturen haben:



Gliederung

1. **Rahmendaten und Kontext zum Forschungsprojekt**
 2. **Ausgewählte Ergebnisse der Fragebogenerhebung**
 - 2.1 Gründungsphase
 - 2.2 Ressourcen
 - 2.3 Leistungsprofil
 - 2.4 Kommunale Einbindung
 - 2.5 Wirkungspotenzial
 - ↳ 3. **Ausgewählte Ergebnisse der qualitativen Fallstudien**
 - 3.1 Organisation
 - 3.2 Rahmenbedingungen
 4. **Freiwilligenagenturen und -zentren als Kernbestandteil einer lokalen Infrastruktur bürgerschaftlichen Engagements**
-

3.1 Organisation

Aufgabenstellung

- breite und komplexe Aufgabenstellung
- hohe Anforderungen

Organisationsstruktur

- flexibel und schlank

Professionalisierung

- Qualifikationen und Selbstprofessionalisierung

Ressourcenausstattung

- Ausdruck der spezifischen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte
-

3.2 Rahmenbedingungen

Nadelöhr und Flankierung

- erklärter kommunalpolitischer Wille
- freiwillige Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung
- Wohlfahrtsverbände und Selbstorganisation

Institutionalisierung

- Institutionalisierungsprozess
- Projektförderung

Fragmente

- Fiktion einer „lokalen Engagementinfrastruktur“

Reichweite, Bedeutung und Potenzial

- Reichweite und Bedeutung von FWA (lokalen/überregional)
- Politischer Entscheidungsbedarf

Gliederung

1. **Rahmendaten und Kontext zum Forschungsprojekt**
 2. **Ausgewählte Ergebnisse der Fragebogenerhebung**
 - 2.1 Gründungsphase
 - 2.2 Ressourcen
 - 2.3 Leistungsprofil
 - 2.4 Kommunale Einbindung
 - 2.5 Wirkungspotenzial
 3. **Ausgewählte Ergebnisse der qualitativen Fallstudien**
 - 3.1 Organisation
 - 3.2 Rahmenbedingungen
 - ↳ 4. **Freiwilligenagenturen und -zentren als Kernbestandteil einer lokalen Infrastruktur bürgerschaftlichen Engagements**
-

4.1 Vorläufiges Fazit

Gesamtlandschaft und Trends

- Zunahme an Einrichtungen
- gegenwärtig höherer Anteil an Einrichtungen (v.a. im kleinstädtisch-ländlichen Raum, geringes Budget, Ehrenamtliche)
- Kommunen beteiligen sich stärker an der Finanzierung

Lokale Einbindung

- Mehrheit der FWA engagiert sich aktiv vor Ort
- Erfolg der FWA hängt auch von der Akzeptanz und Unterstützung durch Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ab

Wirkungspotenziale beim Thema BE

- breite Wirkungspotenziale
 - abhängig von Kooperationsbreite, Ressourcen, Profil und Personal
-

4.2 Freiwilligenagenturen und -zentren als Kernbestandteil einer zu entwickelnden lokalen Engagementinfrastruktur

- Lokales Engagement und kommunale Selbstverwaltung
 - Modellförderung und kommunale Engagementinfrastruktur
 - Fragmentierte Landschaften und intermediäre Organisationen
 - Potenziale von Freiwilligenagenturen
-

**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit!**

Karsten Speck
Holger Bockhaus-Maul
Peter Friedrich · Maud Krohn
**Freiwilligenagenturen
in Deutschland**
Potenziale und Herausforderungen
einer vielversprechenden
intermediären Organisation



Mehr Generationen Haus



Mehr
Generationen
Haus

Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser I - Zentrale Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung-

Deutscher Bundestag
Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Berlin, 23. Mai 2012



Mehr
Generationen
Haus





Mehr
Generationen
Haus

Ziele und Umsetzung der Evaluation

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Unterstützung des BMFSF bei der Programmsteuerung | <ul style="list-style-type: none">• Unterstützung der Mehrgenerationenhäuser bei der Programmimplementierung |
|---|--|
-
- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">• (Fortlaufende) Evaluation<ul style="list-style-type: none">– Programmdurchführung– Programmwirksamkeit– Programmnachhaltigkeit |
|--|



Methodenmix

Quantitative Analyse

Wiederholte schriftliche Befragungen:

- der Mehrgenerationenhäuser
(*Selbstmonitoring*)
- der Nutzerinnen und Nutzer

➤ Ergebnisse in der Breite und im
Zeitverlauf

Qualitative Analyse

Regelmäßige Vor-Ort-Besuche in
ausgewählten
Mehrgenerationenhäusern zu
unterschiedlichen Schwerpunkten:

- Fallstudien

➤ Erkenntnisse über Wirkungen und
Wirkungszusammenhänge



Programmziele und -ergebnisse

➤ *Ziele*

- Antworten auf gesellschaftliche und sozialen Frage anbieten
- Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken
- Etablierung von zielgruppen- und bereichsübergreifenden Ansätzen in der sozialen Arbeit („Entsäulung“)
- Nachhaltige sozialräumliche Weiterentwicklung

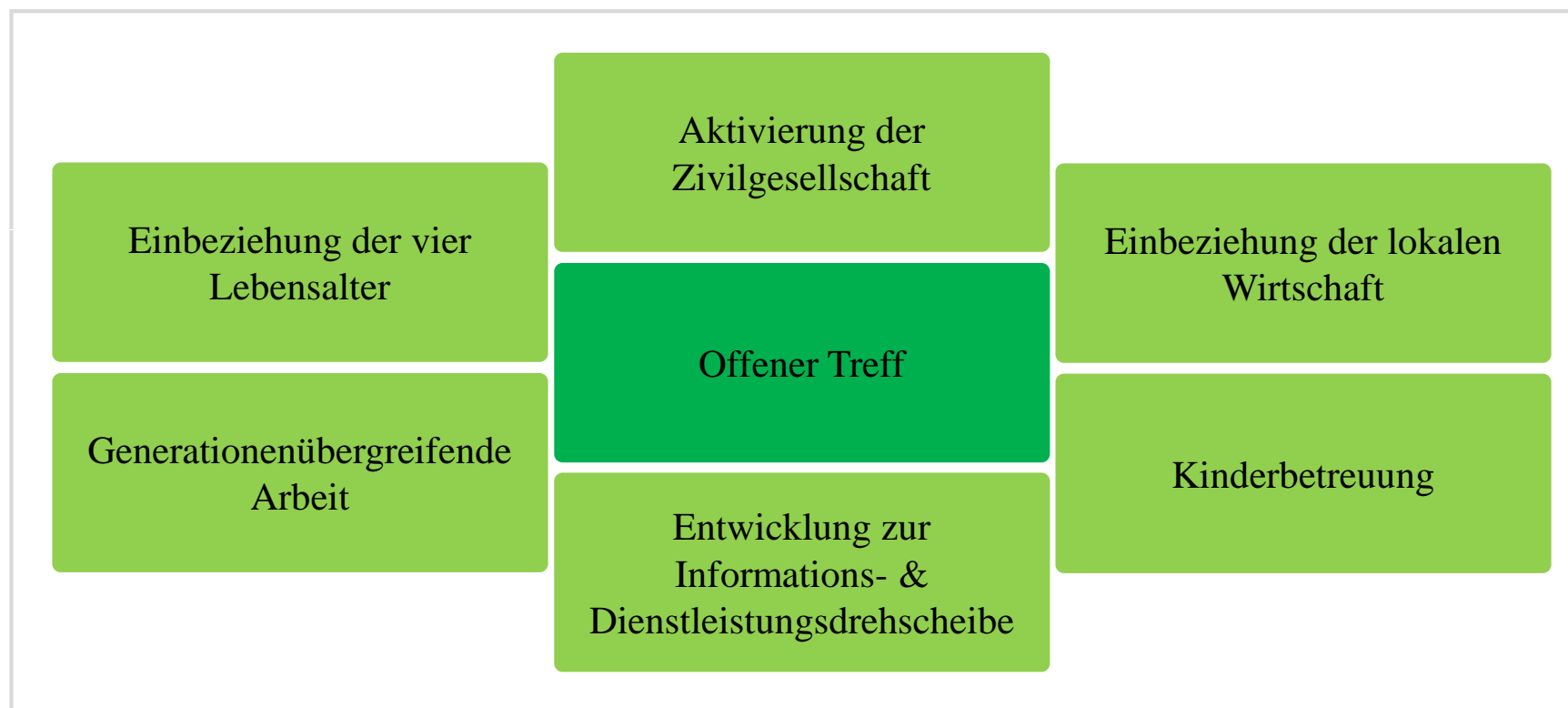
✓ *Ergebnisse*

- Unterstützung für alle Altersgruppen
- Zentrale Anlaufstelle für Menschen aller Generationen
- Generationenübergreifende Begegnung über Familiengrenzen hinaus
- Integration verschiedener Zielgruppen



Mehr
Generationen
Haus

Alles unter einem Dach





Alle unter einem Dach

<ul style="list-style-type: none">• Offener Treff: das Herzstück der Mehrgenerationenhäuser• Niedrigschwelliger Zugang zu den Angeboten	<ul style="list-style-type: none">• Über 300 Nutzungen des Offenen Treffs an einen durchschnittlichen Tag insgesamt• In die Kategorie „Offene Begegnung/Treffpunkt“ fallen über 20 Prozent der Angebote
<ul style="list-style-type: none">• Breites Angebotsspektrum für alle Generationen	<ul style="list-style-type: none">• Über 15.300 regelmäßig stattfindende Angebote• Über 66.000 Besucherinnen und Besucher an einem durchschnittlichen Nutzungstag insgesamt
<ul style="list-style-type: none">• Generationen für- und miteinander: Begegnung, Austausch und Unterstützung	<ul style="list-style-type: none">• 46 Prozent der Häuser weisen einen Generationenindex von 0.70 oder höher auf.• In 73 Prozent aller Angebote findet Generationenbegegnung statt.



Generationen begegnen sich

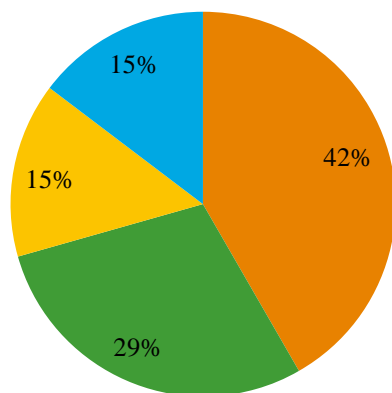
- Altersverteilung der Nutzerinnen und Nutzer

■ Kinder und Jugendliche (0-20 Jahre)

■ Junge und mittlere Erwachsene (21-50 Jahre)

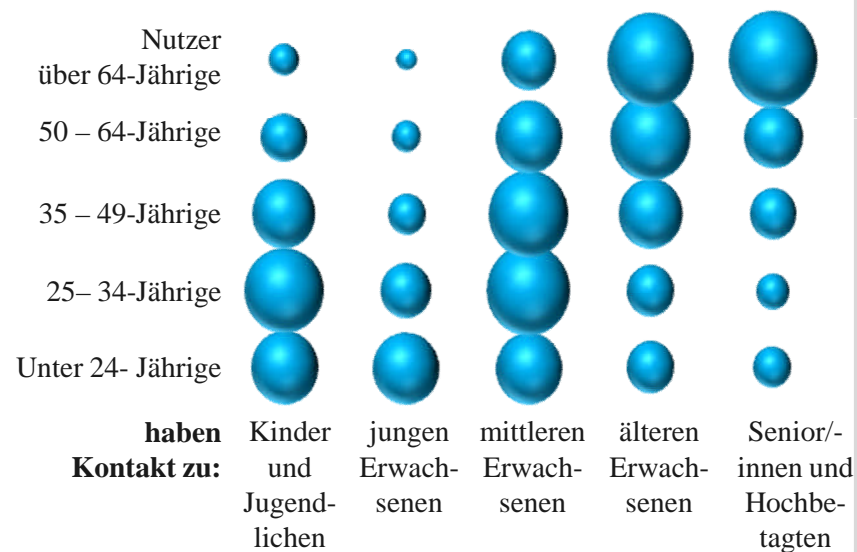
■ Ältere Erwachsene (51-65 Jahre)

■ Senior/-innen und Hochbetagte (65 Jahre +)



Datenquelle: Selbstmonitoring 2. Halbjahr 2011, N = 495

- Kontakthäufigkeit zwischen den Generationen



haben Kontakt zu: Kinder und Jugendlichen, jungen Erwachsenen, mittleren Erwachsenen, älteren Erwachsenen, Senior/-innen und Hochbetagten

Datenquelle: Nutzerbefragung Herbst 2011, N = 3221



Starke Leistungen für jedes Alter

<ul style="list-style-type: none">• Über 1.000 Betreuungsangebote für Kinder unter 14 Jahren	<ul style="list-style-type: none">• 39 Prozent sind flexible Betreuungsangebote und 22 Prozent erfolgen zu Randzeiten.• 36 Prozent werden auch von Kindern unter drei Jahren genutzt.
<ul style="list-style-type: none">• Etwa 900 Angebote im Bereich Pflege und Demenz	<ul style="list-style-type: none">• 47 Prozent der Angebote im Bereich Pflege und Demenz sind Betreuungsangebote.
<ul style="list-style-type: none">• Über 2.400 Angebote im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none">• Schwerpunkt auf familienunterstützenden und personenbezogenen Dienstleistungen• Im Schnitt ein Vermittlungsangebot pro Haus
<ul style="list-style-type: none">• Im Schnitt kooperiert jedes Mehrgenerationenhaus mit 13 Partnern aus der Wirtschaft.	<ul style="list-style-type: none">• In 41 Prozent leisten Unternehmen und Wirtschaftsverbände einen Beitrag zur Finanzierung.• In 18 Prozent sind sie konzeptionell beteiligt.



Freiwilliges Engagement stärkt soziale Verantwortung und sozialen Zusammenhalt

- Ende 2011 engagierten sich **über 20.000 Freiwillige** in den Häusern. Im Schnitt engagieren sich mittlerweile 47 Freiwillige pro Haus, 2008 waren es noch 28 Freiwillige. Sie erbringen durchschnittlich sieben Stunden die Woche.
- Mit knapp 66 Prozent sind Freiwillig Engagierte mittlerweile die **größte Gruppe** aller Aktiven. Mit 34 Prozent aller geleisteten Arbeitsstunden sind sie – noch vor den Festangestellten – die **aktivste Gruppe**.
- 70 Prozent der freiwillig eingebrachten Stunden fließen in die **Vorbereitung und Durchführung von Angeboten**.
- Freiwillig Engagierte kommen aus **allen Generationen**. Die am stärksten vertretene Gruppe sind mit 44 Prozent die jungen und mittlere Erwachsenen (21-50 Jahre). 19 Prozent der Freiwillig Engagierten sind über 66 Jahre alt.
- Die **Begegnung**, der Kontakt zu anderen Menschen (79 Prozent) und zu Menschen anderer Generationen, um das Zusammenleben der Generationen zu unterstützen (70 Prozent), ist zentrales Motiv der Freiwillig Engagierten.
- Sie haben **dreimal häufiger** Kontakt zu anderen Generationen als sich nicht engagierende Nutzerinnen und Nutzer.



Zentrale Anlaufstelle für Freiwillige jeden Alters

- Eine **partnerschaftliche Beteiligung** Freiwillig Engagierter ist für mehr als drei Viertel der Häuser (84 Prozent) von großer bis sehr großer Bedeutung.
- Durch **vielfältige und interessante Möglichkeiten**, sich mit- und füreinander zu engagieren, bieten die Mehrgenerationenhäuser einen Raum für Engagierte jeden Alters und erweitern den Raum mit Hilfe von Kooperationsbeziehungen.
- **Engagement für Dritte** außerhalb der Mehrgenerationenhäuser - bspw. Patenschaften, Pflege- und Migrationsbegleitung und kreative, generationenübergreifende Angebote - gewinnt stetig an Bedeutung.
- Insgesamt verfügen die Mehrgenerationenhäuser über 25.700 Kooperationspartner. Im Schnitt sind das **51 Kooperationspartner pro Haus**.
- Erfahrungen in der Aktivierung und Einbindung von Freiwillig Engagierten fließen aktiv in die **Netzwerk- und Vernetzungsarbeit** ein.
- Die Mehrgenerationenhäuser übernehmen zunehmend Aufgaben der **Koordinierung und Vermittlung** in ihrem lokalen Umfeld.

Die Stärken ausbauen: Mehrgenerationenhäuser als Knotenpunkt für Freiwilliges Engagement etablieren

✓ Zentrale Anlaufstelle

- Für Freiwilliges Engagement aktivieren und qualifizieren
- Freiwillig Engagierte bei ihrer persönlichen Entwicklung unterstützen
- Durch Freiwilliges Engagement soziale Kompetenzen und Beschäftigungsfähigkeit fördern
- Wertschätzungskultur etablieren

➤ Freiwilliges Engagement fördern und gesellschaftliche Teilhabe stärken als zentrale Aufgabe der Mehrgenerationenhäuser.



✓ Knotenpunkt

- Öffentliche und kommunale Wertschätzungskultur stärken
- Tragfähige Vernetzungsstrukturen mit anderen lokalen Engagementakteuren auf- und ausbauen
- Anknüpfung und Verzahnung mit kommunalen Strategien, Projekten und Initiativen



➤ Sich zum Knotenpunkt für Freiwilliges Engagement entwickeln und die lokale Engagementinfrastruktur stärken.

